

und einer französischen Regierung, die aus dem gegenwärtigen Parlament hervorgegangen ist, sehr schwer, wenn nicht gar unmöglich sein dürfte. Das Mandat der jetzigen Kammer läuft außerdem zum Ende in spätestens drei Monaten ab. Wenn das französische Volk die Verständigung mit Deutschland wirklich wünscht, dann muß es dafür sorgen, daß die Opposition von heute die Regierungsmehrheit von morgen wird.

Lavals Antwort.

Paris, 22. Januar. (Eigenbericht.)

In der Freitagnachmittagsitzung der Kammer antwortete Ministerpräsident Laval nach einer sehr mühtigen Rede des jungen radikalen Abg. Bergery und einer in dem üblichen nationalsozialistischen Stil gehaltenen Rede des Abg. Soulier auf die verschiedenen an die Regierung gerichteten Interpellationen. Das Haus war außerordentlich stark besetzt und hörte mit gespannter Aufmerksamkeit die Ausführungen des Ministerpräsidenten an.

Laval

begann mit einer in bewegigen Worten ausgedrückten Anerkennung und Ehrung Briands. Es sei bedauerlich, so führte er aus, daß Briand infolge seines Gesundheitszustandes nicht mehr in der Lage sei, das von ihm seit sieben Jahren geleitete Werk weiterzuführen. Briand habe Frankreich große Dienste geleistet. Er habe die Sache des Friedens verteidigt und geniesse im Ausland ein großes Prestige. Er sei die betobende Kraft des Völkerbundes gewesen. Ohne etwas von der Sicherheit Frankreichs zu opfern, habe er versucht, den Krieg zu ersticken, indem er die Schiedsgerichtsbarkeit unter den Völkern organisierte. Er, Laval, werde sich bemühen, diese Friedenspolitik fortzusetzen. Die Friedenspolitik könne nicht das Monopol einer Partei sein. (Großer Beifall rechts.) Die Nichtzugehörigkeit Briands zur Regierung bedeute keine Änderung der Außenpolitik Frankreichs. Briand werde sich nicht damit einverstanden erklären, daß sein Name mißbraucht werde, um im Ausland den Glauben zu erwecken, daß die Friedenspolitik Frankreichs beendet ist. (Beifall rechts und in der Mitte, während auf der Linken mehrmals ironische Zwischenrufe ertönen.)

Der Ministerpräsident ging dann auf das Reparationsproblem ein. Er schilderte in kurzen Worten die Geschichte der Hoover-Abkommen, des Hoover-Moratoriums und der deutsch-französischen Verhandlungen in Berlin sowie seine Besprechung mit Hoover, worauf der Antrag Deutschlands auf Einberufung des Sachverständigenausschusses gestellt sei. Ueber die Entwicklung der Dinge nach Vorlage des Sachverständigenberichts äußerte sich Laval folgendermaßen: Am 6. Januar hat der Reichskanzler den französischen Botschafter in Berlin empfangen und ihm auf Grund des Sachverständigenberichts auseinandergesetzt, daß Deutschland nicht imstande sei, die Zahlungen nach Ablauf des Hoover-Moratoriums und

wahrscheinlich auch während einer Reihe weiterer Jahre

wiederaufzunehmen. Unter diesen Umständen erscheine es ihm, Brüning, für angebracht, den Young-Plan aufzugeben und eine völlige Neuregelung des Reparationsproblems in die Wege zu leiten. Diese Mittelstellung des Reichskanzlers sei von dem französischen Botschafter persönlich am 7. Januar der französischen Regierung überbracht worden. Am 8. Januar habe der Reichskanzler dann den englischen Botschafter empfangen und ihm die Lage Deutschlands in gleicher Weise geschildert. Am 9. Januar habe ein Reuters-Telegramm angekündigt, daß Deutschland keine Reparationen mehr zahlen würde, wenn sich keine wirtschaftliche Lage nicht heffere. Der französische Ministerpräsident habe gegen diese Forderung sofort den notwendigen Protest in einer vor der Presse abgegebenen Erklärung erhoben. Daraus (das stimmt nicht, das B.T.B.-Interview Brünings ist noch vor der überleiteten Erklärung Handlins erschienen! Red. d. „Vorm.“) habe Brüning sein Reparationsinterview gewährt, in dem er, ohne die Reuters-Nachricht kategorisch zu dementieren, die deutsche These in etwas abgeschwächter Form dargelegt hat. Am 14. Januar habe Brüning den französischen Botschafter wieder empfangen und in der Unterredung mit ihm den deutschen Standpunkt aufrechterhalten.

Damit sei erwiesen, daß Deutschland den Young-Plan nicht mehr durchführen wolle.

Allerdings habe Brüning, juristisch betrachtet, den Young-Plan nicht verweigert. Frankreich könne, so fuhr Laval unter großem Beifall der Rechten und der Mitte fort, auf seine Rechte, die ihm die Verträge gegeben haben, nicht verzichten. Die deutsche These sei für Frankreich unzulässig und für die anderen Gläubiger Deutschlands unannehmbar (?).

Der Ministerpräsident folgte dem Inhalt des Sachverständigenberichts auseinander und erklärte, aus seinen Feststellungen ergebe sich nicht die Notwendigkeit der endgültigen Annullierung der Reparationen. Die deutsche Regierung könne also ihre These nicht mit dem Sachverständigenbericht begründen. Am 16. November habe er, Laval, vor der Kammer erklärt, daß Frankreich sich nicht weigern würde, für die Periode der wirtschaftlichen Depression ein neues Zahlungsarrangement mit Deutschland zu vereinbaren. Eine Herabsetzung der Reparationszahlungen könne Frankreich nur annehmen, wenn ihm von seinen Gläubigern eine entsprechende Verminderung seiner Schulden gewährt werde. Auf die Weiterzahlung der ungeschältesten Annullierten des Young-Plans müsse Frankreich auf jeden Fall bestehen. (Beifall rechts und in der Mitte.)

Im Haag habe Deutschland eine endgültige, feierliche und freiwillig unterzeichnete Verpflichtung übernommen:

Es könne nicht Gegenstand einer Neuregelung sein.

Aufgabe der gegenwärtigen Verhandlungen sei es, eine vorübergehende Erleichterung der deutschen Lasten zu beschließen. Das könne nur mit Hilfe eines neuen Moratoriums geschehen. Man könne also nicht bestreiten, daß Frankreich wiederholt Gesten und Handlungen zur Erleichterung der Wiedernäherung mit Deutschland getan hat. Man habe oft gesagt, daß das Vertrauen mit Hilfe einer engeren internationalen Zusammenarbeit wiederkehren würde. Frankreich trete für eine bessere wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa ein. Deutschland könne nicht allein seinen Willen durchsetzen. Seine unangenehme Haltung könne auf Frankreich keinen Eindruck machen, das ein hohes Gefühl seiner nationalen Unabhängigkeit und Souveränität habe. (Beifall rechts und in der Mitte.) Die französische Regierung werde Geduld haben und fest bleiben. Sie wolle an dem Wiederaufbau Europas mitarbeiten, aber sie könne das nur tun, wenn nicht jede Moral aus den nationalen Beziehungen verschwunden ist. Zwischen den Völkern wie zwischen dem Einzelwesen sei die Ehrenhaftigkeit für das Vertrauen notwendig. (Beifall rechts und in der Mitte.)

Zu der Abrüstungsfrage

übergehend, wiederholte Laval, daß die Haltung Frankreichs in dem Memorandum vom 15. Juli festgelegt sei. Frank-

Die Stillhalterverhandlungen.

Heute Abschluß — aber stärkste Vorbehalte der Gläubiger.

Es ist zu erwarten, daß die Stillhalterverhandlungen spätestens am Sonnabend zum Abschluß kommen und das neue Abkommen unterzeichnet wird.

Authentisches über den Inhalt ist auch jetzt noch nicht zu erfahren. Man ist auf Andeutungen angewiesen. Hiernach dürfte das Abkommen grundsätzlich auf ein Jahr abgeschlossen sein, doch sind die Gläubiger berechtigt, es vorzeitig zur Auflösung zu bringen, wenn durch eine Verschärfung der deutschen Lage die Wirksamkeit ernstlich gefährdet wird. Dasselbe gilt bei Erklärung eines Moratoriums oder bei Nichtverlängerung des Kreditkontokredits der Reichsbank.

Trotz der grundsätzlichen Festlegung auf nur ein Jahr enthält das Abkommen augenscheinlich doch Bestimmungen, die über diesen Zeitraum hinaus Geltung haben sollen. So sollen die Barvorschüsse an die Banken halbjährlich mit 25 Prozent zurückgefordert werden können, die Barvorschüsse an die industriellen Schuldner halbjährlich mit 15 Prozent und nach zwei Jahren erst in höheren Raten. Hieran ist aber die Bestimmung geknüpft, daß die zurückgeforderten Mittel wieder in Deutschland angelegt werden, und zwar unter Innehaltung einer fünfjährigen Sperre. Zur stärkeren Sicherheit der Barvorschüsse sollen Trustzertifikate aus

einem Trustfonds, in den die Banken verpflichtet sind, 15 Prozent der in Anspruch genommenen Barvorschüsse einzuzahlen, ausgegeben werden.

Was die Abzahlung anbelangt, so können die Auslandsbanken am 1. März eine 10prozentige Verringerung ihrer gesamten kurzfristigen Kredite in der Höhe, die am 8. Oktober bestand, fordern. Diese Forderung ist aber nur theoretischer Natur, da tatsächlich seit diesem Zeitpunkt bereits 20 Prozent des Kreditkontingents zurückgezahlt worden sind. Es gilt diese Bestimmung also nur für diejenigen Auslandsbanken, bei denen das Kreditkontingent bisher nicht um 10 Prozent gesunken ist. Weitere Abzahlungen sollen nicht festgelegt sein. Hierüber wird die Reichsbank mit einem Gläubigerausschuß von Zeit zu Zeit verhandeln.

Voraussichtlich noch keine Veröffentlichung.

Nachdem der Inhalt des Stillhalteabkommens heute dem deutschen Bankenausschuß bekanntgegeben worden ist, dürfte er morgen zunächst paraphiert werden. Abdam wird er den einzelnen Gläubigerausschüssen der beteiligten Länder zur Genehmigung vorgelegt. Ob bereits, ehe diese Genehmigung vorliegt, der Inhalt des Abkommens der deutschen Öffentlichkeit bekanntgegeben wird, muß zur Zeit noch als fraglich bezeichnet werden.

Abwehr des Terrors.

Die Beamtenschaft gegen Gewalt Herrschaft.

Um dem nationalsozialistischen Terror in der Beamtenschaft entgegenzutreten, ist beim Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtensbundes eine Terrorabwehrstelle errichtet worden, die in der heutigen Nummer der „Allgemeinen Deutschen Beamtens-Zeitung“ folgenden Aufruf erläßt:

Beamtende der Republik! Vögt euch nicht weiter durch den Terror nationalsozialistischer Agitatoren einschüchtern. Ihre Drohungen, republiktreue Beamte ohne Pension auf die Straße setzen zu wollen, sind leere Großsprechereien! denn das „Dritte Reich“ wird niemals kommen, es ist ein Phantom. Die deutsche Republik steht fest und unerschütterlich.

Wir greifen die Feinde der Republik an: Wer die deutsche Republik stärken will, kann nicht Beamter der Republik sein! Beamte, die sich zum „Dritten Reich“ bekennen, werden jetzt rückwärts öffentlich mit Namen genannt: sie haben ihren Dienst eid gebrochen.

Es gibt jetzt aber auch im Bekenntnis zur Republik keine Ruhe mehr. Die republikanischen Beamten merken sich die Namen derer, die mit den Nationalsozialisten „sympathisieren“ und in ihre Versammlungen laufen. Auch sie werden jetzt öffentlich zur Rede kommen müssen!

Wir stehen fest zusammen. Wir verlangen aber auch von den Behörden, daß sie energisch dem nationalsozialistischen Unfug ein Ende machen. Wir sorgen dafür, daß jeder Fall nationalsozialistischen Terrors verfolgt wird.

Der Aufruf schließt mit der Aufforderung, sich in allen Fällen an die Terrorabwehrstelle beim Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtensbundes, Berlin SO. 16, Michaelkirchplatz 1, zu wenden.

Wer hat Fried eingestellt?

Der bayerische Ministerpräsident hat nichts gewußt.

München, 22. Januar.

Wie die „Münchener Post“ mitteilt, legt Ministerpräsident Dr. Heß Wert auf die Feststellung, daß er in seiner amtlichen Eigenschaft weder von der Entlassung Dr. Fritts aus dem bayerischen Staatsdienst im Januar 1930 noch von seiner Wiedereinstellung im Januar 1932 etwas gewußt habe. Die letztere im besonderen habe er wie die Öffentlichkeit selbst erst aus der Zeitung erfahren.

Sehr mit Recht fragt die „Münchener Post“ nun, wer denn dann für diese skandalöse Personalpolitik die Verantwortung trage. Dem selbstverständlich sei die Wiedereinstellung und das Gehalt für Fritt ein reines Geschenk, da er ja als Abgeordneter und Fraktionsführer im Reichstag, als Wanderredner und als Anwärter auf den Posten des Reichsmanditators nicht daran denken werde, seine Amtspflichten beim Oberverwaltungsamt auszuüben.

Die parteiamtliche Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei äußert sich zur Wiederverwendung Dr. Fritts im bayerischen Staatsdienst und bemerkt die Gelegenheit, deutlich von ihm abzurufen. Sie schreibt, hier zeige sich wieder einmal, wie all-

reich werde vor keiner Leistung zurückzucken. Es werde jeden Vorschlag unterstützen, der einen gegenseitigen Zustand vorstellt, aber es werde jede Improvisation ablehnen, die nicht den Notwendigkeiten seiner Lage Rechnung trägt. Es werde in Genf positive Vorschläge unterbreiten in der Überzeugung, daß, wenn die politischen Bedingungen für einen sofortigen und wirksamen gegenseitigen Bestand erfüllt sind, die technischen Fragen leicht zu regeln sein werden. Unter der Führung Lardius, Paul Boncours und Hobbys würden die Interessen Frankreichs und des Friedens gut verteidigt werden. (Beifall rechts und in der Mitte, Unterbrechungen links.) Am Schluß seiner Rede appellierte Laval an die Einigkeit aller Parteien, die durch die Lausanne bestimmt sei. Unter großem Beifall der Rechten und der Mitte verließ Laval die Tribüne und wird von zahlreichen Abgeordneten begrüßt.

Im weiteren Verlauf der Debatte hielt Frauulin-Bouillon eine seiner üblichen Hegreden. Er wandte sich gegen die Verlängerung des Hoover-Moratoriums. Denn wenn man das Reparationsproblem mit neuen Moratorien lösen wolle, vergrößere man nur die Schwierigkeiten und reize sowohl Deutschland wie die Alliierten weiter auf. Nach Ansicht des Redners ist Deutschland in der Lage zu zahlen, und zwar mehr als die Alliierten verlangen. Die Frage sei nur, ob sich die Alliierten bezahlen lassen wollen. Das Geld dazu könne man in dem Ueberschuß der deutschen Außenhandelsbilanz finden. Wenn es nicht möglich sei, sich dieses Geld in Deutschland zu beschaffen, müßten die deutschen Waren mit besonderen Einfuhrabgaben belastet werden.

gemeines Volksgedühl, ja sogar politische Rassen und formales Recht zueinander in Widerspruch treten können. Da aber der Disziplinart Hof seinerzeit den Antrag der bayerischen Regierung auf Dienstentlassung des am Hochverratsunternehmens vom November 1923 beteiligten Dr. Fritt verworfen, obwohl ihm die Disziplinarkammer vorher stattgegeben habe, könne Fritt aus dem bayerischen Staatsdienst nicht entfernt werden.

Dr. Heß erkrankt.

München, 22. Januar.

Ministerpräsident Dr. Heß hat sich, wie die „Telegrammzeitung“ meldet, auf Wunsch seines Hausarztes in das „Arantenhäus links der Isar“ zur Behandlung durch Geheimrat Dr. Romborg begeben, da eine eingehende Beobachtung des Gesundheitszustandes Dr. Heßs wünschenswert erschien. Zu irgendwelchen Besorgnissen liegt jedoch kein Anlaß vor.

Neue Universitätskrawalle.

Vorstoß der Nationalsozialisten in Halle.

In der Universität Halle haben die reaktionären Studenten einen neuen Konflikt provoziert. Sie unternahmen einen neuen Hehfeldzug gegen den Theologieprofessor Dehn. Bei diesem Treiben haben sie die Unterstützung des Professors Böhm e gefunden, auch andere Professoren sympathisieren mit ihnen. Die Hochschulreaktion unternimmt einen neuen Vorstoß.

Der preußische Kultusminister Grimme hat den Rektor der Universität Halle nach Berlin beordert. Am Freitagnachmittag hat eine Besprechung zwischen dem Kultusminister und dem Rektor stattgefunden, über deren Ergebnis noch nichts bekanntgegeben worden ist.

Es wird schärfster Maßnahmen bedürfen, um dem dreifachen Treiben der reaktionären Studenten an den Universitäten ein Ende zu machen. Die Universitäten müssen wieder befristet werden! Die Staatszuschüsse für die Studenten werden nicht gegeben, damit die Universitäten Herde staatsfeindlicher Agitation werden!

Der Rechtsausschuß des Reichstages veranlaßte gestern die Einzelberatung der Anträge über die Fürstenausschreibung bis Anfang Februar, und zwar mit der ausdrücklichen Forderung an die Regierung, das Material beschleunigt zu beschaffen.

Der Reichspräsident empfing am Freitag den Reichsminister Schlang-Schöningen zum Vortrag über die Ostfrage.

Zwei nationalsozialistische Stadtverordnete verhaftet. Die beiden nationalsozialistischen Stadtverordneten Rink und Renz in Adorf im Vogtland sind Donnerstag, um 7 Uhr, eine Stunde vor Beginn der Stadtverordnetenversammlung, von der Gendarmarie verhaftet und dem Amtsgefängnis zugewiesen worden. Ueber die Gründe der Verhaftung bewahren die Behörden Stillschweigen.

Ein Arbeitgeberschicksal. In Limburg wurde kürzlich der Geschäftsführer der Barmar Erntekasse, der 5000 Mark unter Schlägen hatte, zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Rannmehr ist auch der Syndikus des Arbeitgeberverbandes, Dr. Krebs, der seit vielen Jahren die evangelische Kirchenkasse geführt hat, der Verurteilung von 30 000 Mark überführt worden.

Hoovers Wiederaufbauplan, dessen Inhalt bereits bekannt ist, hat im Kongreß endgültige Annahme gefunden und geht jetzt Hoover zur Unterzeichnung zu.

Schließlich hätten die Alliierten noch ein anderes Mittel in der Hand, um Deutschland zum Zahlen zu zwingen: nämlich das Saargebiet. Auf diese doppelte Weise könnten die Alliierten mehr erhalten, als die Reparationen ausmachen. Man müsse nur den Versuch machen. Am Schluß kündigte Franklin-Bouillon an, daß er weder für noch gegen die Regierung stimmen, sondern sich der Stimme enthalten werde.

Der Kammerpräsident verlas dann die drei verschiedenen Tagesordnungen, die für den Abschluß der Debatte von Herriot, Leon Blum und Paul Simon (Fraktion der katholischen Demokraten) eingebracht worden sind und von denen nur die letzte der Regierung das Vertrauen ausdrückt.

Herriot verlangte für seine Tagesordnung das Vorrecht, das dem Ministerpräsidenten unter Stellung der Vertrauensfrage abgelehnt wurde. Mit 303 gegen 265 Stimmen sprach sich darauf die Kammer gegen das Vorrecht für die radikale Tagesordnung aus. Nachdem der Minister für die Billigung der Tagesordnung Simon die Vertrauensfrage gestellt hatte, wurde diese

mit 312 gegen 261 Stimmen

angenommen. Die Tagesordnung lautet:

„Die Kammer billigt, getreu der Politik der internationalen Zusammenarbeit und der Organisation des Friedens, deren notwendige Grundlage die Achtung der Verträge ist, die Erklärungen der Regierung, spricht ihr das Vertrauen aus und geht unter Ablehnung jedes Zusatzes zur Tagesordnung über.“

Landtag und Notverordnung.

Genosse Hamburger kämpft die Hugenberger.

Der Preussische Landtag verabschiedet am Freitag zunächst den auf einen deutschnationalen Antrag zurückgehenden Gesetzentwurf zur Änderung des Polizeiverwaltungsgesetzes vom 1. Juni 1931, wonach infolge Verzögerung der allgemeinen Bergpolizeiordnung die im Polizeiverwaltungsgesetz vorgezeichnete Frist für das Ausherkraftsetzen der geltenden Bergpolizeiordnungen um ein Jahr hinausgeschoben wird.

Das Haus legt hierauf die allgemeine Aussprache über die Notverordnungen und die dazu eingebrachten Anträge fort.

Abg. Baumhoff (Z.) erklärt, die Notverordnungen mit ihren vielen Notverordnungen sei für alle parteipolitischen Agitatoren und Strategen ein gefundenes Fressen. Man luche sich die drückendsten Bestimmungen aus den Notverordnungen heraus, jenseits sie dem Volke und rufe dann aus: Da seht ihr, was für unfähige Männer in den Regierungen sitzen.

Abg. Schwarzhaupt (D. Vp.) wirft der Regierung vor, alle Warnungen der Deutschen Volkspartei und ihre Sparordnungen unberücksichtigt gelassen zu haben. Eine unheilvolle Auswirkung der Sparordnungen sei die Erschütterung des Rechtsbewusstseins unter der Beamtenschaft. Fast sämtliche Beamtenorganisationen lägen jetzt im gerichtlichen Streitverfahren mit dem Staat.

Abg. Hamburger (Soz.):

Die Behauptung des Abg. Steuer, daß in die Notverordnung Bestimmungen aufgenommen worden seien, die mit der wirtschaftlichen Not nicht das geringste zu tun hätten, sind durchaus zutreffend. Die Notverordnungen sind von manchen Stellen zur Verwirklichung von Lieblingsideen benutzt worden. (Hört, hört! rechts.) Daraus darf aber nicht gefolgert werden, daß das Notverordnungsrecht überhaupt nicht angewandt zu werden brauchte, weil ein Notstand in staatlicher und wirtschaftlicher Beziehung nicht bestände, sondern höchstens in parteipolitischer Hinsicht. Der Abg. Steuer spricht von einer Normalität des politischen Zustandes, während doch eine Weltwirtschaftskrise ungeahnten Ausmaßes vorhanden ist, die in fast allen Ländern zu steigenden Bewegungen geführt hat. Das ist auch von dem deutschnationalen v. Oldenburg-Januschau anerkannt worden in einem Brief an den Abg. v. Niehwe, der vor der Auflösung des Reichstags im Mai 1930 geschrieben wurde. Oldenburg-Januschau sagt darin:

„Die Zeiten sind verrückt, in denen wir leben. Wäre durch die Schuld der Deutschnationalen die Regierung ersetzt worden, so hätte das ganze Land nationalsozialistisch gewählt. Hugenberger ist trotz aller Klugheit zu theoretisch veranlagt.“ (Hört, hört! und große Heiterkeit bei den Soz.)

Der Redner fährt fort, es sei ganz unmöglich, die gegenwärtige Situation und die Anwendung des Notverordnungsrechts im ganzen auf irgendwelche Mißbräuche aus parteipolitischen Gründen zurückzuführen zu wollen. Der Gesetzentwurf zur Verfeinerung des Staatsrats, der Ersparnisse erzielen sollte, sei vom Staatsrat einstimmig abgelehnt worden. Aus diesem Beispiel könne man erleben, wie schwierig es sei, die zuständigen Körperschaften zu schnellen Entschlüssen zu veranlassen, die zur Stützung der Staatsfinanzen notwendig seien.

In Preußen sei niemals eine generelle Senkung der Bezüge der preussischen Staatsbeamten unter die Bezüge der Reichsbeamten erfolgt, während solche Senkungen von all den Ländern vorgenommen wurden, in denen die deutschnationalen Volkspartei mitregiert hat.

Die gleichen Oppositionsparteien, die ständig eine Vereinfachung und Reform des Staatsapparates verlangen, protestieren in demselben Ausmaß, wo die preussische Regierung auf diesen Problem herontritt. Am 18. Mai hat der volksparteiliche Abg. Dr. Reumann die Regierung angegriffen, weil sie nicht einmal die kleine Verwaltungsreform ernstlich anzufassen gewagt habe. Jetzt steht in der Sparverordnung die Aufkündigung von Stellen, aber nun beantragt die Deutsche Volkspartei, daß keine Zusammenlegung von Stellen eintreten dürfe ohne Mitwirkung des Preussischen Landtags.

Ganz unberechtigt sei der Vorwurf, daß das Staatsministerium nicht die nötigen Schritte zur Vorbereitung der Verwaltungsreform getan hätte. Der Landtag aber hat auf diesem Gebiet das Staatsministerium im Stich gelassen, weil im Augenblick der Entscheidungen von der Opposition Obstruktion getrieben wurde.

Der Hauptteil des preussischen Finanzbedarfs bestehe in personellen Ausgaben, die im Jahre 1927 genau entsprechend den Reichsbezügen festgesetzt wurden, in einer Zeit, in der die Deutschnationalen im Reich in der Regierung saßen.

Die Sozialdemokraten erblickten in den Bestimmungen der Sparverordnung nicht ein Ende, sondern einen Anfang der Verwaltungsreform.

Selbstverständlich werde sich die Ersparnis erst im Laufe der Zeit zum vollen Umfange entwickeln, aber das sei kein Grund, niemals damit anzufangen. Natürlich würden dabei auch Härten entstehen, aber in dieser Notzeit müsse manches alte Recht über den Haufen geworfen werden, und gegenüber den Notwendigkeiten, die uns heute in finanzieller Hinsicht aufgedrängt werden, sei es nicht möglich, noch überholte und überalterte Rechte zu wahren. Welche Verhältnisse eintreten würden, wenn die von der Rechten gewünschte Umwandlung der Regierung kommt, das sei in der „Deutschen Zeitung“ des Herrn Hugenberg im letzten Sälnerartikel ausgedrückt worden mit dem Schlußsatz:

„Die Säulen des Dritten Reiches werden gegründet sein auf den Säulen des preussischen Königtums, oder das Dritte Reich wird nicht sein.“ Danach könne man also sicher sagen, daß das Dritte Reich nicht sein wird.

Während im Landtag die Deutschnationalen die Harzburger Front dadurch mahnen, daß sie sich gestern in Abwesenheit der Nationalsozialisten für einen nationalsozialistischen Antrag erhoben, hat der Landesvorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei in Schlesien in einem Rundschreiben an die Mitglieder gesagt, es sei empörend, daß die Deutschnationalen Volkspartei, die so viel Geld für das Braune Haus in Breslau gegeben haben... (Abg. Steuer (Dnat.): Das ist bestimmt nicht richtig!)

Ich verlese den Wortlaut: „Es ist Tatsache, daß Geldmittel und Einrichtungsgegenstände für das Braune Haus in Breslau zum größten Teil von deutschnationalen Autobesitzern aufgebracht wurden.“ (Lebhafte Heiterkeit, hört! bei den Soz.)

Die der Öffentlichkeit bedürftigen deutschnationalen Großgrundbesitzer stifteten also Geld für die Nationalsozialisten. Im Anschluß an diesen Hinweis befragt sich der Vorsitzende des deutschnationalen Landesverbandes Mittelschlesien darüber, daß trotzdem die deutschnationalen Grundbesitzer von den Nationalsozialisten in verletzender Form als „Unterholz von Rattenheim“ (große Heiterkeit) angegriffen wurden. Die Deutsche Volkspartei, die solche Sehnsucht nach der Harzburger Front äußert, sollte doch daran denken, daß sie noch in viel schärferer Weise von den Nationalsozialisten angegriffen wird.

Der Redner weist schließlich darauf hin, daß der deutschnationalen Abg. v. Rohr das Gebäude der eingegangenen „Rommerischen Tagespost“ in Stettin an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund verkauft habe. Dieses Gebäude, das nach der Erklärung der Deutschnationalen zum Kampf gegen den Marxismus bestimmt war, sei nun dem Marxismus für gutes Geld überlassen worden. Wenn Berner Sombart die Unterscheidung zwischen Händlern und Helden machte, so habe Herr v. Rohr be-

wiesen, daß man auch als Händler ein Held sein kann. Der Redner schließt:

Ihren weiteren geschätzten Aufträgen entgegengehend, empfiehlt sich hochachtungsvoll der internationale Marxismus.

(Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Bießer (Dt.-Hann.) betont, Deutschlands Bedarf müsse noch in ganz anderem Umfange von den Erzeugnissen der deutschen Landwirtschaft gedeckt werden.

Abg. Hestermann (Wirtschaftsp.) führt aus, das Mittel der Notverordnung sei ein Vorzug für einen Staat, der in Notzeiten dadurch schnell Abhilfe schaffen könne. Die Wirtschaftspartei sei durchaus nicht mit allen Maßnahmen der preussischen Notverordnungen zufrieden, habe aber Zweifel daran, ob unter Mitwirkung des Landtags etwas Besseres herausgekommen wäre.

Abg. Riedel (Staatsp.) nimmt gegen die Ausführungen des deutschnationalen Redners am Vortage Stellung, die nichts mit Sachlichkeit zu tun gehabt hätten. Wenn man in so scharfer Form gegen die Notverordnungspolitik vorgehe, so sei zu fragen:

ob denn nicht die Persönlichkeit des Reichspräsidenten auch den Deutschnationalen dafür bürgte, daß keine Notverordnung seine Genehmigung erhalte, deren Verfassungsmäßigkeit nicht bis ins Letzte nachgeprüft worden wäre.

Im übrigen habe der Staatsgerichtshof ausdrücklich die Verfassungsmäßigkeit jener Reichsnotverordnung anerkannt, auf der sich die preussischen Sparverordnungen aufbauten. Der Landtag sei daher gar nicht in der Lage, die Verordnungen zu ändern oder gar zu beseitigen. Die Schuld daran, daß mit Notverordnungen regiert werden müsse, trügen diejenigen, die am 14. September 1930 einen vollkommen arbeitsunfähigen Reichstag wählten.

Abg. Frau Dr. Frankenthal (Soz. Arb.-P.) kritisiert, daß die den sozialistischen Staat anstrebende Sozialdemokratische Partei die Notverordnungspolitik dulde.

Abg. Dr. Nöling (Soz.)

legt dar, daß hinter der gegenwärtigen Kulturnot, die mit Bezug auf den Abbau am Schmelzen usw. in der Debatte eine so große Rolle spielte, die Wirtschaftspartei stehe. Mit bloßen Klagekliegern sei aber wenig getan. Es wirke sogar seltsam, wenn gerade diejenigen, nämlich die Rechtsparteien, ihre Stimme an der Klage mauer längen, die heute doch nach dem Kurs der Wirtschaftspolitik bestimmten, jenen Kurs, der es dahin gebracht habe, daß der Kultur die nötigen Existenzbedingungen fehlen. (Sehr wahr! b. d. Soz. — Widerspruch rechts.) Teht erkläre man, die Sozialdemokraten seien Kulturverbäuer und Bananen. Es wäre erwünscht, wenn wir in Deutschland, wo die Millionäre doch noch nicht ganz ausgehorben seien, ähnlich wie in England und Amerika noch ein privates Präzedenz hätten, das Theater, Bibliotheken usw. unterhalten könnte.

Die Bourgeois hätten sich auf diesem Gebiet leider immer sehr unempfindlich gezeigt.

Die pädagogischen Akademien könne man leider nicht alle aufrecht erhalten; es sei aber erfreulicherweise gelungen, ein kostloses Zerbrechen der pädagogischen Akademien zu vermeiden. Besonders schmerzlich empfinde man den Abbau der Fachschulen. Beim gegenwärtigen Gang unserer Agrarpolitik müsse man fragen, welchen Zweck die landwirtschaftlichen Forschungsinstitute noch haben. Besonders liegt der Sozialdemokratie das Schicksal der Junglehrerschaft am Herzen. An den Universitäten müsse — auch angesichts der heutigen Vorgänge an der Berliner Universtität — eine schärfere Disziplinargewalt eingeführt werden, damit nicht Mißverhältnisse eintreten. Elemente, die die Hochschulen zur Aufzucht von Indierentzen mißbrauchen, müßten die Hand des Staates zu spüren bekommen. Der Redner fordert eine planmäßige Vereinfachung und Umbildung des Bildungswesens.

Abg. Wehner (Dnat.) übt Kritik an den einzelnen Bestimmungen der Notverordnung. Hierauf wird die Weiterberatung auf Sonnabend, 10 Uhr, vertagt. — Schluß 13 1/2 Uhr.

Hafenkreuz-Provokationen.

Lügner und Schwindler werden gewalttätig.

Magdeburg, 22. Januar. (Eigenbericht.)

Eine von den Nationalsozialisten in Groß-Kümmenleben bei Magdeburg einberufene öffentliche Versammlung endete mit einer schweren Schlägerei.

Die Nazis hatten zu der Kundgebung jeden ortsanfälligen Arbeiter eingeladen. Ein großer Teil der Arbeiter war der Einladung gefolgt. Die Versammlung begann mit einer Rede eines Nationalsozialisten. Anschließend folgte eine Diskussion. Vorher war zwischen dem sozialdemokratischen Diskussionsredner und dem Vorsitzenden vereinbart worden, unbedingt beruhigend auf die Versammlungsbesucher einzuwirken. Das geschah auch. Um aber doch einen Vorwand zu haben, den anmeldenden Sozialdemokraten einmal eine Lektion zu erteilen, wurden die Nazis auf andere Weise aufgepuscht.

Mitten im Schlußwort des Referenten unterbrach plötzlich der Versammlungsleiter die Rede und stellte folgende unwahre Behauptung mit: „Achtung! Ich bekomme soeben telegraphisch Nachricht, daß in Magdeburg vor dem Gebäude der „Volksstimme“ vor wenigen Minuten ein SA-Mann erschossen worden ist. Ich bitte, sich zu Ehren des Toten von den Plätzen zu erheben.“ Obwohl das Schwindel war, verließ die Mitteilung nicht ihre Wirkung.

Bald war die nötige blutrünstige Stimmung geschaffen. Unmittelbar danach drang durch eine im Rücken der Versammlungsführer befindliche, zu Beginn der Veranstaltung verschlossene Tür ein mit Schlagwaffen ausgerüsteter Trupp Magdeburger Nationalsozialisten in den Saal. Die Vandäler erbeutete sich, die Nazis zuzubehalten. Sie tauchten dennoch sofort in der aufgeregten gewöhnlichen Menge unter, und im gleichen Augenblick sausten Stühle und Biergläser durch den Saal. Bei dem Tumult ging das gesamte Mobiliar des Saales zu Bruch. Den Rest des Mobiliars zerstörten die Magdeburger Nazis, als die Versammlung bereits geschlossen war.

Es ist festgestellt worden, daß die zum Schluß der Versammlung in den Saal eingedrungenen, mit Schlagwaffen bewaffneten Nazis sich während der Versammlung an einer Stelle versteckt gehalten haben, von der aus sie den Verlauf der Versammlung genau beobachten konnten.

Als der Referent die letzten Sätze sprach und alles in größter Ruhe abzugehen schien, drangen die Nazis in den Saal, um die Saal-schlichter in Gang zu bringen. Zahlreiche Arbeiter, die durch die Hinterlist der Nazis völlig überrascht waren, erlitten Verletzungen.

601 000 Berliner erwerbslos.

Ein Drittel der erwerbsfähigen Bevölkerung.

Der Arbeitsmarkt der Reichshauptstadt, der seit Beginn der Krise unter ganz besonders schwerem Druck steht, weist am Schluß, dem 15. Januar, die phantastische Zahl von 600 963 Arbeitsuchenden auf. Von der erwerbsfähigen Bevölkerung Berlins ist also jeder Dritte arbeitslos.

Nach dem Bericht des Landesarbeitsamtes Brandenburg (Berlin, Brandenburg, Grenzmark) stieg die Zahl der Arbeitsuchenden vom 1. bis 15. Januar um 47 960 auf insgesamt 832 416 Personen. Hieron entfielen auf die Provinz Brandenburg 232 402 und auf die Grenzmark 19 051 Arbeitslose. Von den Berliner Erwerbslosen befanden sich nur noch 137 645 in der Arbeitslosenversicherung als Hauptunterstützungsempfänger, 148 131 waren Krisenunterstützte, während 309 030 Personen auf die städtische Wohlfahrt angewiesen waren. In diesen erschütternden Zahlen zeigt sich die überwiegend langfristige Erwerbslosigkeit in der Berliner Arbeiterschaft.

Die allzu höflichen Herren.

ABRÜSTUNG SCHULDENREGELUNG



Jeder möchte den andern vorangehen lassen, und deshalb kommen Abrüstung und Schuldenregelung nicht weiter!

Universität geschlossen

Eine Folge der wiederholten Nazi-Ausschreitungen

Die in den letzten Tagen ständig wiederholten Anpöbelungen und Nempelien nationalsozialistischer Studierender gegen politisch Andersdenkende unter den Universitätsbesuchern haben jetzt zur vorläufigen Schließung der Berliner Universität geführt. Wegen der Gefahr weiterer Zusammenstöße verfügte der Rektor die Schließung bis Montag früh.

Der Deutsche Studentenverband veröffentlicht zu den Nazianrufen an der Berliner Universität folgende Erklärung:

Die rechtsradikalen Gruppen der Studentenschaft der Berliner Universität haben sich die Infolge der „Aktionen“ herrschende Erregung zunutze gemacht und haben in einer Form, die sich von den Vorfällen in Halle und anderen Universitäten in nichts unterscheidet, gegen die republikanischen Studenten Ausschreitungen verübt, die geeignet sind, den Ruf der Berliner Universität als Hauptbildungsstätte des Landes auf das schwerste zu gefährden. Die im Deutschen Studentenverband zusammengeschlossenen republikanischen Studentenverbände erblicken in der notwendig gewordenen Schließung der Universität eine Maßnahme, die für die Befriedung der Universität und Gewährleistung der Lehr- und Lernfreiheit nur von vorübergehender Wirkung sein kann. Die Vorfälle der letzten Tage beweisen, daß die im Nationalsozialistischen deutschen Studentenbund zusammengeschlossenen rechtsradikalen Gruppen der Studentenschaft nicht gewillt sind, den Anordnungen des Rektors, der mehrmals persönlich eingreifen mußte, Folge zu leisten; ja vielmehr die Absicht haben, ihre Terrorakte gegen die republikanischen Studenten fortzusetzen.

Der Deutsche Studentenverband sieht sich gezwungen, das preussische Staatsministerium und die Universitätsbehörde zu ersuchen, eventuell mit den schärfsten Mitteln gegen die in den Vorfällen zulagende Verwahrlosung der Sitten an den Hochschulen vorzugehen und durch entsprechende Maßnahmen für die Sicherheit des ordnungsliebenden Teils der Studentenschaft — mehrere Studenten, darunter eine Studentin, wurden schwer verletzt — Sorge zu tragen.

Würdige Vertreter des Dritten Reiches.

Zusammenfassend sei noch einmal wiederholt, was sich die Nazi-Studenten an Bümmeleien gestern geleistet haben:

In der deutschen Absicht zu provozieren sammelten sich um 10 Uhr vormittags auf einer Seite der Universitätsvorhalle zahlreiche nationalsozialistische Studenten. Als sie sich mächtig genau fühlten, wurden plötzlich Sprechschreie angestimmt; der Donner der „Deutschland erwache — Jude verrede“-Rufe, die hin und wieder auch vom Abfingen nationalsozialistischer Bieder abgelöst wurden, drang bis in die entferntesten Hörsäle und machte ein ungehörtes Arbeiten unmöglich. Nachdem sich die Nazis auf diese Weise in Kampfesmut gefungen hatten, gingen sie zu Tätlichkeiten über. Sie bildeten eine Kette und ließen niemand mehr durch den Vorraum passieren. Schließlich begannen sie mit Feindseligkeiten.

Einige jüdische Studierende, die sich von dem Ketten-trupp umdrängt sahen, wurden blutig geschlagen.

Mehrere Studenten erlitten schwere Verletzungen. Lautes Röhren und das Zertrümmern der Scheiben von Zuschauergelassen lieferte die Schlagmusik. Als der Tumult seinen Höhepunkt erreicht hatte, erschien der Rektor. In der Hoffnung, daß seine Autorität und Würde Ruhe schaffen würde, versuchte er zu den Studenten zu sprechen. Aber er kam überhaupt nicht zu Worte. Die Brüllerei nahm ihren Fortgang. Zur grenzenlosen Wut der Hitler-Roads leisteten die republikanischen Studenten tatkräftigen und stellenweise

auch recht schmerzhaft verspürten Widerstand. Einige Schupobeamte, die von mehreren Studenten herbeigerufen waren, wurden von den Nazis angepöbelt und angegriffen.

Schließlich traf Polizeiverstärkung ein, die von den Nazi-Studenten ebenfalls mit lautem Gebrüll empfangen wurde.

Tafeln mit Ansprüchen der Universitätsleitung wurden den Beamten vor die Füße geworfen. Einem Schupo wurde das Seitengewehr entziffen; der Fächer entkam. Es gelang den Beamten bald, die Nazi-Studenten aus dem Vorraum abzudrängen. Sieben wurden festgenommen; ihre Aburteilung erfolgt durch die akademischen Disziplinarbehörden. Die Nazis antworteten mit wildem Toben.

Als die Polizei abgerückt war, begannen die Tumulte von neuem. Da sich die republikanischen Studenten im Vorgarten der Universität versammelt hatten, verlegten die Nazis ihren „Kriegsschauplatz“ gleichfalls nach dort. Erst um 12 Uhr mittags trat Ruhe ein.

Der Wahlsieg an der Hochschule für Politik.

An der Deutschen Hochschule für Politik fanden die Wahlen der studentischen Vertretung statt. Die Sozialistische Studentenschaft hatte einen scharfen Kampf nach rechts und links zu führen. Vor allem die Nazis, die Gaubefehl hatten, die Hochschule für Hitlers Front Sturmreif zu machen, versuchten mit allen Kräften, einen Erfolg für sich herauszuholen. Unterstützung fanden die „Abkommandierten“ bei den übrigen Rechtsgruppen, die förmlich an Gefinnungsschwindsucht litten. Die Liste des „Nationalen Bloks“ wurde in letzter Minute zurückgezogen zugunsten der Nazis. Gehorjam wählten Volkskonservative, Deutschnationale und Volksparteiler die Hitlerleute. Erfolg: zusammen bekamen die nationalen Heidenöhne knapp einen Sitz. Erbärmlich ist das Verhalten der in der „Roten Einheitsfront“ verbundenen SPD, KPD- und SVP-Leute. In der „Roten Fahne“ schwindelten sie ihrer gläubigen Wählerhaft vor, wir hätten die Parole ausgegeben, für die Nazis zu stimmen. Wie gestern bereits im „Vorwärts“ mitgeteilt, erhielt die Soz. Studentenschaft über hundert Stimmen und zwei Sitze im Hörer Ausschuss, während alle anderen Wahlgruppen nur je einen Sitz erreichen konnten. Die geschlossene Kampfkraft der Soz. Studentenschaft wird auch weiterhin das Vertrauen der Hörerschaft an der Hochschule für Politik zu behaupten wissen.

Berlins Ortsfahung noch nicht fertig.

Die Arbeitsabgrenzung zwischen Bezirken und Zentrale. Unterausschuss soll Gegenseite überbrücken.

Gestern hatten sich die Mitglieder des Magistrats und die Berliner Bezirksbürgermeister im Rathaus zusammengefunden, um die neue Berliner Ortsfahung zu beraten. Die neue Ortsfahung, die von der Stadterwaltung nach dem Berlin-Gesetz festgelegt werden muß, soll eine neue Arbeitsabgrenzung zwischen den Bezirken und der Zentrale schaffen. Eine Einigung zwischen den vielen widerstrebenden Meinungen wurde in der gestrigen Sitzung noch nicht erreicht. Es wurde vielmehr ein aus Mitgliedern des Magistrats und der Bezirksamter bestehender Redaktionsausschuss eingesetzt, der die endgültige Fassung festlegen soll. Diese wird dann nochmals dem Magistrat vorgelegt und von diesem der Stadtverordnetenversammlung zugeleitet werden. Es ist anzunehmen, daß die Arbeiten des Redaktionsausschusses Mitte nächster Woche beendet sein werden, so daß der Stadtverordnetenversammlung die Vorlage noch in den letzten Tagen des Januar zugehen könnte.

Der Devisenfandal.

Neue Haftbefehle und weitere Vernehmungen.

Die Devisenschleberaffäre zieht, wie vorausgesagt, immer weitere Kreise. Am gestrigen Freitagvormittag hat der Vernehmungsrichter, wie mitgeteilt, gegen den Helfershelfer des Dr. Gulberg, den Kaufmann Adolf Parlagi aus der Kanonierstraße 2, Haftbefehl erlassen, ferner aber auch gegen einen neuerdings in dieser Sache festgenommenen Bankier Kurt Oppenheimer, Inhaber des Bankhauses gleichen Namens in der Jägerstraße 20. Eine weitere Festnahme wurde nicht aufrechterhalten, weil hier der Verdacht einer strafbaren Handlung nicht hinreichend war.

Die Vernehmungen weiterer Personen, und zwar sowohl Verdächtigter wie Zeugen, dauerten aber auch gestern noch in der Zollfahndungsstelle Berlin an, so daß damit gerechnet werden muß, daß dem Vernehmungsrichter noch mehr Personen in dieser Angelegenheit zugeführt werden. Das dürfte besonders der Fall sein, wenn die Ermittlungen der Zollfahndungsstelle in Süddeutschland von Erfolg begleitet sind, wo die Tätigkeit des jetzt verhafteten Direktors der Londoner Bankfirma Singer u. Friedländer äußerst lebhaft war. Es ist anzunehmen, daß die dort aufgedeckten Fälle auch nach Berlin zur Aburteilung abgegeben werden, weil hier schon die Hauptbeteiligten in Haft sind. Auch bei den gestern erlassenen Haftbefehlen handelt es sich um den Verdacht des Verstoßes gegen die 7. Durchführungsverordnung zur Devisenverordnung, sowie um das Vorliegen von Verdunkelungsgefahr.

Ein Schieberkonfortium?

Die Devisenschleberungen sind — wie uns von gutunterrichteter Seite mitgeteilt wird — schon seit längerer Zeit offenbar ganz planmäßig ausgezogen worden. Es handelt sich danach anscheinend um ein ganzes Konfortium von „Interessenten“, die in gewissen Abständen Reisen in das Ausland unternahmen und dort an besonders günstigen Plätzen, wie etwa Warschau, Prag, Amsterdam und London, sie interessierende Wertpapiere aufkauften. Infolge der allgemeinen Unsicherheit auf dem Wirtschaftsmarkt sind die Kurse solcher Papiere an sich schon sehr niedrig. Das Konfortium erwirbt sie und lanciert sie nun auf ganz geheimnisvolle Weise und unter völliger Umgehung von Formalitäten nach Deutschland. Es wird sogar behauptet, daß diese Leute den postalischen Weg benutzen oder die Wertpapiere auf der Rückreise bei sich tragen. Die Kontrolle an den Grenzstationen ist, wie uns mitgeteilt wird, nicht so scharf gewesen, daß man nicht derartige Dokumente am Körper verdeckt durchschmuggeln konnte. Würde die Polizei bemerkt, so wurden die Briefe an unverjüngliche Adressen gerichtet, so daß sie unbeanstandet durchgingen. Der Verkauf dieser Papiere am Berliner Markt war für das Konfortium leicht.

Liebestragödie in Lichtenberg.

Schüsse im Stadtpark.

Im Lichtenberger Stadtpark spielte sich gestern nachmittag eine blutige Tragödie ab. Gegen 16 Uhr sahen Kinder, wie ein Mann auf seine Begleiterin schoß und sich dann selbst durch eine Kugel niederstreckte. Die jugendlichen Zeugen des Vorfalles alarmierten sofort Polizeibeamte, die für den Abtransport der Schwerverletzten ins Lichtenberger Hubertuskrankenhaus sorgten. Die Frau wurde als eine 27 Jahre alte Stenographin Gertrud B. aus der Doffstraße festgesetzt, der Täter ist ein 44jähriger Kaufmann Georg Heilmann aus Glash in Schlesien. Nach den bisherigen Ermittlungen scheint es sich um eine Liebestragödie zu handeln. Das Mädchen ist inzwischen seinen Verletzungen erlegen; auch das Befinden Heilmanns gibt zu ersten Befürchtungen Anlaß.

Eine Alfred-Wegener-Gedächtnisfeier im Planetarium wird für Sonntag, den 21. Februar vorbereitet. Es werden sprechen der Direktor des Astronomischen Reichsinstituts Universitäts-Professor Dr. Kopff und der Expeditionsteilnehmer Dr. Ernst Sorge.



Nach einem Tagebuchroman von Karl Hans Schober erzählt von Erich Knauf

Daheim fühlt man sich nicht wohl, aber im Wirtshaus ist es erst recht zum Kögen. Überall dasselbe Thema. Die zu Heus Geliebten üben sich in der Strategie. Ich nehme dann immer meine Kappe und „Auf Wiedersehen!“

Eines Nachmittags geht auf der Straße ein Tumult los. „Nicht einmal genug Erdäpfel hat man zu fressen!“ Die Leute drängen sich hin und her. „Die Marmelade werden wir auf die Brotkrumen schmieren!“ Und die Menge zieht vor das Logis der Brotkrumenkontrolle. Polizisten kommen und greifen zu. Frauen werden wütend, ein Geschrei geht los, und eine hebt ihre Röcke auf und läßt die Polizisten zum Festsetzen ein. Und da marschieren um die Straßenecke schon eine Kompanie Soldaten. Ihnen voran ein Offizier.

Mit gefälltem Bajonett geht das Militär vor. Ein Kommando: „Zurück! Oder wir machen von der Waffe Gebrauch!“

„Gebt uns mehr zu fressen!“ Hundert Arme fuchteln in der Luft.

„Zurück! Oder wir schießen!“ Und die Soldaten gehen auf die Menge zu und stoßen mit den Gewehrkolben in die zurückweichende Masse. Kinder und Frauen schreien durcheinander.

Eine Parlanlage nimmt die zerstreute Menge auf. Mit Häuften in den Hosentaschen stampfe ich durch den Ries nach Hause. Morgen muß ich wieder abreisen.

„Ich habe so eine trübe Ahnung“, jammert die Mutter, und der Abschied ist schwer.

Das stoßweise Lied der Räder schläfert mich ein. Im Abteil neben mir entzündet sich eine Dame die Zigarette. Sie bietet mir mit offenem Etui an. Aber ich winkle ab und lehne mich in die Sitzdecke zurück. Der Kamerad nebenan, wir drei sind die einzigen Passagiere, nimmt den Kontakt mit ihr auf. Er neigt sich mir zu, ich verbeuge und winkle ab und räume dem beiden das Feld: „Nur zu!“

„Seine Majestät der Kaiser.“

Auf Steuerbord legt ein Boot an, und über das Fallreep hinkt Mahr, ein Schmiergast. Schwer steigt er auf Deck. Da tritt auch schon Ballach auf ihn zu und nimmt ihm das Dienstbuch ab: „Aha, Zuwachs!“

Mahr ist aus meiner Heimat. Er wurde auf ein Torpedoboot eingeschifft, das vor drei Tagen um Mitternacht von einem Dampfer unserer Handelsflotte gerammt wurde. Innerhalb weniger Minuten war das mittschiffs zertrümmerte Torpedoboot gesunken. Mahr schließt seine Erzählung: „Nacht, Nebel und kein Scheinwerfer, der die Unglücksstelle hätte ablichten können. Es war schrecklich.“

Der Profosch läßt uns in Reih und Glied vorn am Freideck antreten. Und dann wird der neue Befehl des Flottenkommandanten verlesen, daß ab heute Gebührens- und Krankenturlaub eingestellt werden, weil sich im Hinterland eine „grüne Garde“ gebildet habe, zu der fortgesetzt Angehörige der Kriegsmarine desertierten. Außerdem wird ab heute die Spangensstraße eingeführt. — „Abtreten!“

Einige von uns grinsen über die Strafandrohung. Es kommt doch alles, wie es kommen soll. Mahr wird ins Marinehospital gebracht. Beim Untergang des Torpedobootes hat er sich eine schwere Lungenentzündung geholt. Ich und drei Kameraden besuchen ihn. Er liegt im ersten Stock, Zimmer 31.

Der scharfe Geruch von Jodoform und Karbol hängt in Korridoren. Aus dem Verbandszimmer schreit es wild und entsetzlich. Alle Betten sind belegt.

Mahr atmet schwer. Die Stirn liegt in tiefen Falten. Draußen vor dem Fenster spazieren Nonnen. Die Masken ihrer gottergebenen Gesichter regen die Soldaten eher auf als sie zu beruhigen. Ihr Geschwäh vom lieben Gott, der den sterbenden Soldaten ein schönes Plagerl im Himmel aufhebt, macht die Kranken verrückt.

Wie der Arzt kommt, geht eine Bewegung durch den Krankenfoal. Alle Decken werden gerichtet, und die Patienten

legen sich zurecht. Er tritt zu Mahr und untersucht ihn. Dann mit einem Blick halb zu uns: „Nur noch drei Wochen, dann sind Sie gesund, aber für den Militärdienst untauglich.“ Froh verabschieden wir uns, Mahr hat es geschafft.

Unter den Kameraden an Bord ist Bewegung. Boltes soll heute in Spangen gelegt werden, weil er seinen Gehührenturlaub einen Tag überschritten hat. Ausgerechnet Boltes, unser Bagast. Ich erinnere mich, wie er dem Detailoffizier ins Gesicht gelacht hat, als er wegen Bootsverstümmelns einen Tag Dunkelarrest bekam, und wie der Offizier in Wut geriet und Boltes nach vier Wochen Bordarrest draufbrannte. Der aber war nicht klein zu kriegen. Nur Dunkelarrest verträgt er nicht. Dann heißt er wie ein Hund, und man muß sich die Ohren zuhalten, um nicht verrückt zu werden. Einmal hat er die ganze Nacht hindurch gebrüllt: „Und wenn die Welt voll Teufel wär, es muß uns doch gelingen!“

Heute ist überhaupt allerhand los. Ueber der Stadt und dem Hafen hängen Fesselballons zur Fliegerabwehr. Aber die Kesseler lösen sich nicht lösen. Sie kommen erst, wenn die Fesselballons eingezogen sind. Das wiederholt sich immer, sobald Vollmond ist. An den Geschützen in den Forts liegen die Soldaten in Bereitschaft, aber heruntergeschossen haben sie noch nie einen. Wir lachen nur noch über das Theater. Unsere stolze Flotte ist herrlich anzuschauen, aber ins Wasser getraut sie sich nicht.

Ein Kamerad ist beim Diebstahl erwischt worden. Wir alle müssen am Batteriedeck antreten. Es soll ein abschreckendes Beispiel statuiert werden. Der Kamerad hatte Kücheninspektion, er benutzte die Gelegenheit und räumte sich einen Topf Remagel beiseite. Die Sache ist nicht der Rede wert, und jeder hat das schon gemacht. Aber die Vorgesehten haben ein schönes Wort dafür: Kameradschaftsdiebstahl. Es ist natürlich kein Kameradschaftsdiebstahl, wenn ein höherer Proviantoffizier ein Boot voll Kaffee, Bohnen, Mehl und Polenta packt und damit in die Stadt abfährt. Kein Teufel schert sich darum, was die Herren von Bord tragen. Nur wir sind die Hammel. Uns würde der Profosch am liebsten die Unterhosen herunterziehen, um uns in den Hintern zu gucken, ob wir da nicht etwas vom Gut der Nation verdeckt halten. Wir werden von oben bis unten abgetastet. Alles befühl er, sogar die winzige Legitimationsklappe, die wir in der Tasche tragen. Nur die Wanzon überficht er, die auf unserer Wäsche herumspazieren.

(Fortsetzung folgt.)

50 Tage Sklaref-Prozess. Fälschungen von 218 Unterschriften.

Am Sklaref-Prozess wurde gestern der 50. Verhandlungstag erreicht. Zunächst unterhielt man sich eingehend über den Alkohol, der Leo Sklaref während der Haft in die Zelle geschmuggelt wurde.

Rechtsanwalt Dr. Pindar stellte zu Beginn den bereits angekündigten Beweisanspruch, den Vernehmungsrichter, Amtsgerichtsrat Dr. Substner, darüber als Zeugen zu hören, daß sich Leo Sklaref nach seiner Verhaftung wegen der ungewohnten Alkoholisierung in einem trankhaften Erregungszustand befunden habe. Rechtsanwalt Dr. Pindar: Leo Sklaref war früher jede Nacht in einem Kaufszustand. Die Verhaftung, die ihn wie ein Blitz aus heiterem Himmel traf, hat ihn so tief erschüttert, daß er in den ersten zehn bis zwölf Tagen in seiner Zelle direkt gelobt hat und sich eine Hastpsychose bemerkbar machte. Sehr trinkt Leo Sklaref ja auch nicht mehr. Rechtsanwalt Bahm: Wenn sich Leo Sklaref vor seiner Verhaftung in einem fortwährenden Kaufszustand befunden hat, so wird man sich ein Bild darüber machen können, was auf seine Behauptungen über den Inhalt von Unterhaltungen zu geben ist, die damals stattgefunden haben. Auch Rechtsanwalt Puppe, der Verteidiger Lehmann, unterstützte den Antrag auf Ladung des Vernehmungsrichters.

Nach diesen Erörterungen beschloß man sich wieder mit den Fälschungen der 218 Unterschriften, und der Angeklagte Buchhalter Lehmann blieb dabei, die Sklarefs hätten ihm gesagt, daß alle die Unterschriften nur Formalitäten seien. Vors.: Hat man nur deshalb zu Ihnen von Formalitäten gesprochen, um Sie zu den Fälschungen zu veranlassen? Lehmann: Das ist möglich, wenn man mir nicht gesagt hätte, daß es sich nur um Formalitäten handelt, so hätte ich die Fälschungen nicht verübt. — Ferner erörterte man, daß

der Sklaref-Kredit im November 1928 8 Millionen Mark erreicht hatte,

wovon der Kreditausschuß Kenntnis nahm. Er befragte sich dann mit der Frage, ihn auf 7 Millionen Mark zu erhöhen, und im Kreditausschuß, in dem auch der Stadtverordnete Rosenhalsch, war nur Stadtrat Jurisch gegen die Erhöhung. Schmidt erstattete dem Kammerer Bericht über den Kredit, der gleichfalls einverstanden war und die Erhöhung begrüßte.

In der Nachmittags-Sitzung kam es zu einer sehr temperamentvollen Diskussion über die Frage, woher die Sklarefs die Mittel für ihren jetzigen Lebensunterhalt nehmen, wobei auch die Tatsache erörtert wurde, daß sie des Hieren von und nach Roabit Autos und Kradmaschinen benutzen. Ausgelöst wurde diese Auseinandersetzung durch energische Vorhalte des Vorsitzenden an Willy Sklaref über die Umstände, die zu der Gemäßung des letzten Kredites von 2 Millionen geführt haben. Willy Sklaref verteidigte sich wiederum sehr hartnäckig und schloß schließlich dem Vorsitzenden die Worte entgegen: „Wir sind keine Betrüger, Herr Vorsitzender, und haben kein Geld beiseitegebracht.“ Vors.: Und woher nehmen Sie die Mittel, die Sie jetzt zu Ihrem Leben haben? Willy Sklaref: Darüber kann ich Ihnen genau Rechnung legen. Gleich nach meiner Verhaftung habe ich von einem unserer Jodels 2000 Dollar bekommen. Ich bin jetzt schon wieder fünf Monate die Riese schuldig und komme mit 6 bis 8 Mark am Tage aus.

Im Anschluß daran kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Rechtsanwalt Dr. Pindar und dem Vorsitzenden über die Lebensführung der Sklarefs. Schließlich wurde die Verhandlung auf Montag, 9 Uhr, vertagt.

Geisteskranker erschießt seinen Vater.

Eine schwere Missetat ereignete sich am Donnerstagabend gegen 6 Uhr in Schöneberg. Im Hause Hauptstraße 86 betreibt dort der 57 Jahre alte Schneidermeister Georg Schults neben seiner Schneiderei eine Gastwirtschaft. Er befand sich mit seinem 31 Jahre alten Sohn Heinrich, der eben erst aus der Repenheitanstalt Herzberge entlassen worden ist, in einem kleinen, hinter dem Boden gelegenen Raum. Der Vater war mit dem Bügel von Anzügen beschäftigt. Der Sohn hat wohl seine Rückkehr ins Elternhaus mit reichlichem Alkoholgenuß gefeiert. Er zog unvermutet eine Pistole und gab auf seinen Vater von hinten mehrere Schüsse ab. In die Lungen getroffen brach er zusammen und wurde von seinen Angehörigen schwerverletzt ins Auguste-Viktoria-Krankenhaus gebracht. Die Kriminalpolizei hat den Leichnam sofort untersucht und den unglückseligen Schützen, der immer noch stark betrunken war, in Haft genommen.

„Bitte überflüssiges Hupen zu vermeiden!“

Die Verkehrswacht Berlin-Brandenburg C. V. verteilt an Kraftwagenführer, die durch übermäßiges Hupen den Straßenverkehr stören, kleine Zettel folgenden Inhalts:

Die Verkehrswacht Berlin-Brandenburg bittet höflich, mit Rücksicht auf den übrigen Straßenverkehr und die Anwohner der Straße, übermäßiges Hupen zu vermeiden. Kraftwagenführer, die das Hupenzeichen mißbrauchen, um sich beim Warten vor einem Hause bemerkbar zu machen, übertreten die Polizei-

Die Visionen einer Greisin

Und wie Betrüger sie auszunutzen verstanden

In der Wohnung der 60jährigen Witwe des norwegischen Kunstmalers und Professors Grönwald in der Hohenzollernstraße verkehrten wunderliche Leute und gingen wunderliche Dinge vor sich. Die Greisin, einst eine steinreiche Frau, auch nach der Inflation noch Besitzerin eines großen Vermögens, lebte nach dem Tode ihres Mannes in noch innigerer geistiger Gemeinschaft mit ihm als früher. Er erschien ihr in ihren Visionen, erteilte ihr Befehle und ermunterte sie zu guten Taten. Sie versammelte um sich Ruhmstörer ihrer Visionen und verpfändete wahllos ihr Vermögen. Der Geist des seligen Professors, des Bernbi, wie man ihn in dem Hause der Greisin nannte, erschien nun, erteilte Befehle, die auch für das materielle Wohlergehen der Freunde von großem Nutzen waren. Die Greisin glaubte aber blind an Bernbids Kundgebungen, einerlei, wem diese zuteil wurden. Eines Tages brach aber der ganze Zauber zusammen, die alte Frau mit sich selbst entzweit und an Bernbids Kundgebungen zweifelnd, legte sie aufs Fasten, starb und vereinigte sich im Jenseits mit ihrem Mann.

Die Kriminalpolizei hatte eingegriffen und das Betrügergewebe um die Professorsfrau zerrissen. Der Schauspieler Wikström, der in Hollywood einen Film mit Bernbids Geist drehen sollte, in Wirklichkeit aber das zu diesem Zweck empfangene Geld in Berlin verlebte, ist bereits zu einem Jahr neun Monaten Gefängnis verurteilt worden. Rummehe standen vor Gericht der Schriftsteller Regrowitz-Gringhausen, die Schriftstellerin Fahrenkamp und die Kaufmannsfrau Hartog.

Regrowitz-Gringhausen, der „jüngste Soldat des Weltkrieges“, wie ihn im Jahre 1915 ein Berliner illustriertes Blatt nannte, hat das übliche Heldenschicksal dieser Kinder-Krieger erlitten. Sein Heldentum war ihm zum Kopf gestiegen, er fand sich im Leben nicht zurecht. Seiner ersten Straftat im Jahre 1920 folgten in den nächsten Jahren weitere, er versuchte sich mit Erfolg als Schriftsteller. Wiederholt nahmen sich seiner Wohlfahrtsvereinigungen und bekannte Persönlichkeiten an — ohne Erfolg. In der Rothenau-Gesellschaft lernte er Frau Grönwald kennen, wurde ständiger Besucher in ihrem Hause und ging auf ihre Visionen und okkultistischen Liebhabereien ein. Frau Grönwald wollte das „Neue Reich“ verwirklicht sehen und die Idee des Neuen Reiches sollte überall propagiert werden. Regrowitz schrieb phantastische Briefe an Frau Grönwald, in denen er sie „Minnechwester im Neuen Reich“ anredete. Dann wurden für die „Minneaktion“, die von oben vorgezeichnet sein sollte,

600 Mark für die Plakate gefordert. Regrowitz erhielt nur 150 Mark, im ganzen floßen in seine Tasche etwa 2000 Mark.

Amüsanter als dieses „gitterige Menschchen“ — so nannte ihn Sanitätsrat Dr. Leppmann — ist aber die Schriftstellerin Fahrenkamp. Ihre Bekanntschaft mit Frau Grönwald vermittelte die berühmte religiöse Schriftstellerin Gertrud Prellwitz. Schon seit Jahren maßlos veranlagt, ergab sich Fräulein Fahrenkamp unter dem Einfluß der Frau Grönwald dem Okkultismus. Zuerst hatte sie „Schaunungen“, dann erhielt sie von jenem „Kundgebungen“ — immer wieder war es Bernbids Geist, der ihr erschien, in dem die Minne zu „Minne“ — so nannte sie Frau Grönwald — die Hauptrolle spielte. Bernbids Befehle waren wie immer auch für sie sehr vorteilhaft. So befaß er ihr einmal eine Ferienreise zu unternehmen, als sie durch die geistige Arbeit mit ihm ganz erschöpft war, und . . . sie erhielt auch von Frau Grönwald das Geld dazu. In ihren Briefen an ihre Gönnerin, die ihr eine Rente von 100 Mark monatlich ausgezahlt hatte, spielte die Gemeinschaft mit Bernbids eine hervorragende Rolle. Auch im Gerichtssoal wirkte sie fast dionysisch, eine verzückte Prophetin, eine von religiösem Wahn Besessene.

Die dritte Angeklagte, Frau Hartog, hatte den Auftrag erhalten, Frau Grönwald von ihren Visionen zu befreien und die Ruhmstörer dieser Visionen zu entlarven; sie versiel aber selbst in dieselben Visionen und auch für sie waren sie vorteilhaft. Frau Fahrenkamp bezeichnete ihren Mitangeklagten als Betrüger; sie hätten Frau Grönwald erprezt und keine Visionen gehabt; sie selbst hätte die Visionen tatsächlich gehabt, aber nicht erprezt. Die Schriftstellerin Gertrud Prellwitz, die an die Christus-Diktate des Fräulein Fahrenkamp unbedingt glaubt, schilderte in bewegten Worten und mit bewegter Stimme, wie Frau Grönwald sich in den Tod gefastet habe, als ihr Glaube an Bernbids Kundgebungen erschüttert worden sei.

Der Staatsanwalt beantragte Freispruch für die Angeklagten Fahrenkamp und Frau Hartog und beantragte ein Jahr Gefängnis wegen fortgesetzten Betruges gegen Regrowitz. Das Gericht sprach die Angeklagte Fahrenkamp frei und verurteilte den Angeklagten Regrowitz wegen fortgesetzten Betruges im Rückfall, zum Teil in Tateinheit mit Urkundenfälschung zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust, Frau Hartog wegen Betruges zu 7 Monaten Gefängnis.

Verordnung. Die Verkehrswacht Berlin-Brandenburg ist sich jedoch sicher, daß dieser kleine Hinweis genügend Beachtung erfährt, und sieht von polizeilichen Meldungen ab.

Die Untersuchung über „Felsened“.

Staatsanwaltschaft sichtet das Material.

Die Staatsanwaltschaft hat gestern die Akten über die polizeilichen Ermittlungen wegen der blutigen Razausschreitungen in der Kolonie Felsened in Reinickendorf-Ost erhalten. Danach beläuft sich die Zahl der in dieser Angelegenheit von der Polizei festgenommenen Personen jetzt auf 64. Es ist damit zu rechnen, daß die Entscheidung, gegen wen von diesen Sittierten Haftbefehl erlassen werden wird, in Anbetracht des sehr umfangreichen Materials erst Anfang der kommenden Woche fallen wird.

Wieder Nazi-Überfall in Spandau.

Zwei Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes kamen gestern abend von den Freien Schwimmern in Spandau über den Marktplatz; sie wurden dort von Nationalsozialisten angepöbelt und in der Nähe des Bahnhofs Spandau-West plötzlich mit Eisenstangen und Fußtritt zu Boden geschlagen. Der Polizei gelang es, von den etwa 35 Rowdys 14 festzunehmen.

Der 900 000-Mark-Defraudant.

Der ehemalige Schahmeister des Sängerbundes verhaftet.

Ein guter Fang gelang der Polizei in Berl (Kreis Wiedenburg). Dort wurde in der Arbeiterkolonie Wilhelmsdorf, die zu den Bobelshörsinghischen Anstalten gehört, der ehemalige Schahmeister des Deutschen Sängerbundes, Gerichtsassessor Johann Redlin aus Berlin-Charlottenburg, verhaftet. Redlin hatte als Schahmeister des Deutschen Sängerbundes 900 000 Mark unterschlagen und war in Berlin zu einem Jahr neun Monaten Gefängnis verurteilt worden. Seitdem war er flüchtig und wurde stechbriefförmig gesucht. In der Arbeiterkolonie Wilhelmsdorf hielt er sich seit dem 4. Januar 1932 auf. Redlin wurde in das Polizeigefängnis in Berl eingeliefert und wird von dort aus über das Amtsgericht Güterloh nach Berlin gebracht werden.

Salabans falscher Anwalt.

In der Affäre des Fälschmünzers Dr. Salaban, in der nach dem angeblichen Heilerchristianen gefahndet wird, ist jetzt ein zweiter Unbekannter aufgetaucht. Dieser Tage erschien ein Herr im Untersuchungsgefängnis und beantragte eine Sprecheraubnis mit Dr. Salaban, wobei er sich als Rechtsanwalt Dr. A. vorstellte. Da Salaban bereits durch Rechtsanwalt Dr. Julius Meyer I verteidigt ist, wurde man stutzig und ersuchte den angeblichen Anwalt, eine Weile zu warten. Darauf verschwand der Unbekannte. Hinterher stellte sich heraus, daß ein Anwalt des Namens, den der Unbekannte genannt hatte, in Berlin völlig unbekannt ist. Bisher haben die Ermittlungen nicht ergeben, wer der mysteriöse „Anwalt“ gewesen ist. Die Möglichkeit, daß es ein Komplize des Salaban war, wird von der Polizei ausgeschlossen. Beim Gericht vermutet man, daß der unbekannte Besucher, dessen Name nicht richtig verstanden wurde, vielleicht ein akter Bekannter des Verhafteten ist, der ihn irgendwie etwas zugute kommen lassen wollte. Die andere Vermutung geht aber dahin, daß es sich um einen Photoreporter handelt, der irgendwie mit Salaban zusammenkommen wollte, um eine Aufnahme von ihm zu machen.

Der Prozess wird übrigens vor dem Großen Schöffengericht Schöneberg zur Verhandlung kommen.

Der Herr Brasiläi.

Eine dunkle Persönlichkeit und ein falscher Dops.

Am 21. Dezember v. J. veranstaltete die Politische Polizei in den Räumen der „Liga gegen den Imperialismus“, Friedrichstr. 124, eine Durchsichtung. Ob sonst etwas Wichtiges gefunden wurde, ist nicht bekannt; jedenfalls fand man aber da einen Herrn mit einem deutschen Reisepaß auf den Namen Friedrich Stahl, gebürtig aus Königsberg. Die Aussprache dieses Königsbergers klang eigenartig fremdartig, unter allen Umständen nicht ostpreussisch. Als man ihn auf dem Polizeirevier aufforderte, unter Hinweis, daß das Revidierbuch eine Urkunde darstelle, seine Personalien zu bekräftigen, zog er es vor, seine Unterschrift zu verweigern.

Er erklärte darauf, nicht Friedrich Schwarz zu heißen, auch nicht aus Königsberg zu stammen, sondern ein gewisser Jildor Brasiläi zu sein, in Krakau geboren und vor zwölf Jahren nach Palästina ausgewandert. Er habe sich da als Mitglied der revolutionären kommunistischen Opposition gegen die englische Regierung betätigt, man habe ihm deshalb die englische Staatsangehörigkeit verweigert und ihm schließlich seine Papiere entzogen. Er sei deshalb nach Deutschland gekommen, als einziges Land, in dem er Unterkunft zu finden hoffe. Seine Freunde hätten ihm eine polizeiliche Abmeldung von Leipzig nach Berlin auf den Namen Stahl besorgt, auf die er beim Polizeirevier 92 anstandslos einen deutschen Reisepaß erhalten habe. Er stand vor dem Schnellschöffengericht und hatte sich wegen Urkundenfälschung verschiedener Art zu verantworten. Ob er auch wirklich Brasiläi heiße, fragte ihn der Vorsitzende. Weshalb nicht Argentinäi? Brasiläi sei sein richtiger Name, erklärte der Herr aus Krakau. Was er in Berlin eigentlich getrieben habe? Ob er etwa mit irgendeiner Aufgabe beauftragt worden sei. Nein, er hätte nur Studien getrieben. Wo er gemohnt habe? Das wolle er nicht sagen. Das Gericht verurteilte Jildor Brasiläi zu zwei Monaten Gefängnis und einer Woche Haft. Die Politische Polizei wird ihn aus Deutschland auswelsen.

Ein Führerhund für Schwerhörige wird vorgeführt. Der Schutzverband der Schwerhörigen Ortsgruppe Berlin, will am Sonntag, dem 31. Januar, vormittags 11 Uhr, auf dem Hofe der Städtischen Taubstummenschule, N. O. 6, Wobrenstraße 27, einen für Schwerhörige und Taube geeigneten Führerhund vorführen. Die Anregung zu dieser Vorführung geht von dem Deutschen Scherhundverband aus, der, wie für die Bündnisfürsorge, auch für die Schwerhörigen und Tauben einen Führerhund schaffen will.

Waffen sind verboten!

Scharfes Durchgreifen der Gerichte

Die Notverordnung beginnt sich auszuwirken. Die Gerichte gewöhnen sich allmählich an den Gedanken, daß gegen unbefugtes Führen von Waffen scharf durchgegriffen werden muß.

Vor dem Schnellschöffengericht stand neulich der Arbeiter A.; ob er Mitglied der SPD ist oder nur mit ihr sympathisiert, blieb ungeklärt. Jedenfalls fiel er am 15. d. M. gemeinsam mit einer größeren Anzahl Kommunisten in der Nähe des Arbeitsamts Ede Borghagener und Neue Bahnhofstraße über den Nationalsozialisten R. her, dem Gefinnungsgegnossen zu Hilfe eilten. J. zog einen Revolver und schoß; die Kugel sauste hart an R. vorbei. Alles stob auseinander. Ein Polizeibeamter, der zufällig des Weges kam, verhaftete J. Man fand bei ihm den Revolver. Eine Kugel war abgeschossen, fünf waren noch im Lauf.

In der Verhandlung bestritt J., wegen Führung eines Totschüßers bereits einmal nordbestraft, geschossen zu haben; die Pistole habe er einem anderen Arbeiter abgenommen. Der Staatsanwalt beantragte zwei Jahre Gefängnis. J. war wie aus allen Wollen gefallen. Das Urteil lautete: Zwei Jahre Gefängnis. In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, daß eigentlich

versuchter Totschlag vorliege; J. könne von Glück sagen, daß die Kugel vorbeigegangen war. Der Angeklagte konnte immer noch nicht begreifen, was mit ihm geschah. Im Juhörerraum schluchzte laut eine Frau.

Glimpfliger kam das Mitglied des Turnvereins Fichte davon. Im Laubengänge geleitet am 4. November v. J. Nationalsozialisten und Kommunisten aneinander. Wen diesmal die Schuld traf, konnte nicht festgestellt werden; der Angeklagte soll aber seinen Revolver gezogen und gedroht haben. Ein Nationalsozialist erhielt einen Stichwund in den Kante. Der Angeklagte lief davon und wurde im 4. Stockwerk eines Hauses gefaßt. Einen Revolver hatte er nicht bei sich. Der Gegenstand, den er in der Hand gehabt haben wollte und in dem seine Verfolger eine Pistole vermuteten, soll seiner Behauptung nach das Futteral von einem Schlüssel gewesen sein. Der Staatsanwalt beantragte sechs Monate Gefängnis. Das Gericht sprach den Angeklagten frei, da ihm nicht mit Bestimmtheit nachgewiesen werden konnte, ob er der Schütze gewesen ist. Uebrigens hatte der junge Mensch bereits eine Strafe wegen Widerstand hinter sich, ein Verfahren wegen Landfriedensbruch schwebt gegen ihn.

Verschwendene Briefe

Zuchthaus für ungetreue Postbeamte

Nichts erzeugt im Publikum soviel Mißbilligung und Empörung, als wenn Briefe verschwinden, ohne daß jemand weiß, wo sie geblieben sind. Seitdem die Post eigene Kriminalbriefstellen hat, wird jeder Anzeiger gründlich und energisch nachgegangen. Der Zufall wollte es, daß vier derartige Fälle kurz hintereinander zur Aburteilung vor Berliner Gerichten standen. In drei Fällen wurde auf Zuchthausstrafen erkannt.

Der 31jährige Postkassierer Julius F., der seit 1929 bei der Post beschäftigt ist und beim Postamt Wilmersdorf I im Zustellendienst tätig war, hat eine Reihe von Briefen und Einschreibsendungen, in denen er Geld vermittelte, geöffnet und des Inhalts beraubt. Vorführungsweise eignete er sich aber nur Sendungen an, die nicht zu seinem Bestellbezirk gehörten, indem er die Briefe bei der Verteilung in seiner Tasche verschwinden ließ. Zu Hause öffnete er sie, lieh sie nach Beraubung ihres Inhalts wieder zu und gab sie dann unbenutzt in den Verkehr. Um das Verschwinden der Einschreibbriefe zu verdecken, beging er Fälschungen auf die raffinierteste Weise, so daß die Postfachverständigen sogar erklärten mußten, daß das angewandte Verfahren ihnen noch nicht vorgekommen sei. Vor dem Schöffengericht Charlottenburg gestand der Angeklagte zu, daß er etwa 300 M. in den zahlreichen von ihm geöffneten Briefen gefunden habe. Als Motiv für seine Tat gab er an, daß er mit seinem Gehalt nicht auskommen sei, da seine Frau nicht verstanden habe, hauszuhalten. Staatsanwalt Dambrowski beantragte gegen den Angeklagten 2½ Jahre Zuchthaus und die Nebenstrafen. Das Schöffengericht verurteilte ihn zu 1½ Jahren Zuchthaus, 100 M. Geldstrafe und 5 Jahren Ehrverlust.

Wilder kam der Postkassierer S. davon, gegen den vor dem Schöffengericht Schneberg der Staatsanwalt ebenfalls Zuchthausstrafe beantragte. S. war in einem Postamt im Westen beschäftigt. Auch dort verschwand dauernd Briefe und es lenkte sich der Verdacht auf den Angeklagten. Es wurde ihm eine Falle gestellt, indem man ihm eines Tages zwei Briefe mit auf den Postgang gab, die nicht zu seinem Bezirk gehörten. Als er zum Postamt zurückkam, und die Briefe nicht abgeliefert wurde, er zur Rede gestellt. Er weigerte sich aber, eine körperliche Durchsuchung vornehmen zu lassen und lief auf die Straße zurück. Ein Aufsichtsbekannter, der ihm folgte, beobachtete, daß er einen Brief der draußen wartenden Ehefrau zuwarf. Dieser wurde der Brief abgenommen. Später gab der Angeklagte zu, daß er den zweiten

Brief unbemerkt auf der Straße fortgeworfen habe. Er bestritt aber, daß er irgendwelche Briefe beraubt habe. Der Anklagenrichter glaubte ihm das nicht und beantragte wegen Urkundenverfälschung und Kautionsunterschlagung 1 Jahr Zuchthaus. Zur Verteidigung des Angeklagten machte der Verteidiger geltend, daß der Angeklagte die beiden Briefe aus Angst vor einer Disziplinarstrafe beiseitegerückt habe. Nach den Dienstvorschriften war er verpflichtet, vor Austritt seines Bestellbezirks die ihm übergebenen Briefsendungen zu fortieren. Das hatte er aber unterlassen und erst unterwegs bemerkt, daß er die beiden Briefe, die nicht zu seiner Bestellung gehörten, mitgenommen habe. Es liege demnach nur Urkundenverfälschung vor. Das Schöffengericht folgte dieser Auffassung des Verteidigers und verurteilte den Angeklagten wegen Urkundenverfälschung zu der Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis.

Unter der Anklage der fortgeführten Unterschlagung und Urkundenverfälschung im Amte hatte sich der 49jährige frühere Postausweiser M. vor dem Großen Schöffengericht Lichtenberg zu verantworten. Der Angeklagte geriet im vergangenen Jahr, als gerade in seinem Bestellbezirk viel Sendungen verloren gingen, in den Verdacht der Unterschlagung. Die Kriminalpostdienststelle gab einen sogenannten „Fangbrief“ auf, einen durchschnittlichen Briefumschlag mit 10 Mark Inhalt, auf den M. hereinfiel. Eine sofort bei ihm abgehaltene Hausdurchsuchung förderte eine ganze Kollektion von Wert- und Gebrauchsgegenständen zutage: Notizbücher, Silberbleistifte, Füllfederhalter, Handschuhe, Haarnetze, silberne Messer und Löffel, Brillen, Anker und die verschiedensten Arzneimittel. M. gestand, die meisten der Gegenstände in Postpackchen gefunden und sich angeeignet zu haben. Einen striftigen Entschuldigungsgrund hatte er nicht, denn besondere Notlage kam nicht in Frage. Das Gericht verurteilte ihn entsprechend dem Antrag des Staatsanwalts auf die Mindeststrafe von einem Jahr Zuchthaus.

Der seit 25 Jahren im Postdienst beschäftigte Briefträger Richard J., der beim Postamt Berlin NW 6 mit dem Ausbringen von Briefen beschäftigt war, wurde vom Schöffengericht Berlin-Mitte wegen fortgesetzter Amtsunterschlagung zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus verurteilt. J. war gesündigt, von 1919 an dauernd Briefe und Päckchen, in denen er Geld vermutete, unterschlagen zu haben. Auf diese Weise hat er etwa 15- bis 20 000 Mark erbeutet.

Aus der Partei.

Professor Erich Bernstein, Tempelhof, einer der Söhne des demokratischen Vorkämpfers Anton Bernstein, der 1848 die Berliner Arbeiter- (später Volkszeitung) gegründet hat, ein Vater unseres Eduard Bernstein, ist im 68. Lebensjahre verstorben. Einen größeren Teil seines Lebens hat er in Kaufasien, vor allem in der georgischen Hauptstadt Tiflis, als Professor des Gymnasiums verbracht. Er betätigte sich auch eifrig auf allgemeinem kulturellem Gebiet, war einer der aktivsten Verfechter der kulturellen Annäherung zwischen Deutschland und Kaukasien und erfreute sich großer Beliebtheit (sowohl unter den Deutschen Kolonisten (einige Zeitungsnummern), wie auch bei der einheimischen Intelligenz. In der Freiheitsperiode Georgiens, nach dem Weltkrieg, war er Mitglied des georgischen Parlaments, als Vertreter der deutschen Kolonisten, auf der georgisch-sozialdemokratischen Liste gewählt. 1917-1918 kam er mit der georgischen Delegation öfter nach Deutschland. Nach der sowjetrussischen Okkupation (1921) ruhte er gleich vielen georgischen Führern das Band verlassen. Er kehrte in seine alte Heimat zurück und blieb in Berlin, wo er bis zu seinem Tode rühmlich benützt war, die Reihen der Deutschen aus Kaufasien, deren Vertreter er hier war, sowie auch des georgischen und anderer kaukasischer Völker der breiten Öffentlichkeit bekanntzumachen. An der Vorkriegszeit im Krematorium Gerichtsstraße nahmen außer den Angehörigen und deutschen Freunden auch zahlreiche Kaufleute und Kaufleute teil. Töchtererben hielten Vertreter der georgischen Kolonisten, der georgischen Sozialdemokratie, der Kaufmannschaft in Berlin, an deren Gründung der Verstorbene während mitegearbeitet hat, sowie auch der 85. Abteilung der sozialdemokratischen Partei Berlin.

Groß-Berliner Parteinarbeiten.

Beginn aller Veranstaltungen 19 1/2 Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

1. Kreis. Die Parteimitglieder werden gebeten, sich zahlreich am dem 28. Sitzungstag des Arbeiter-Rat und Arbeiter-Bundes „Solidarität“, Arbeiter-Friedensrat, am Sonntag, dem 24. Januar, in den Volkshaus, Unterstadt 21, zu beteiligen. Treffpunkt: Bürgerschule, Zeitungs-Verlag 17 Uhr. Eintritt 75 Pf. Einzahlung 20 Pf.
2. und 3. Kreis. Die juristische Sprechstunde findet am Sonntag, dem 24. Januar, von 17 bis 19 Uhr, im Jugendheim, Rosenstr. 4, statt. Gegenüber dem Rosenhaus.
11. Abt. Sonntag, 24. Januar, 10.30 Uhr. Begegnung und Führung durch die weltliche Schule, Arbeiter-Rat, Arbeiter-Friedensrat. Treffpunkt der jungen Genossen um 9.45 Uhr bei Köpenicker Straße 66.
12. Abt. Sonntag, 24. Januar, Funktionserfüllung bei Frau, Arbeiter-Rat.
13. Abt. Die Parteiführer holen die Handballer zur allgemeinen Besprechung am Sonntag, dem 24. Januar, von 18 bis 19 Uhr, am Genossen-Meier, Carmer-Str. 125, ab.
17. Abt. Sonntag, 24. Januar, Zusammenkunft der jüngeren Parteimitglieder und der Helfer der G.D. im Jugendheim, Lindenstr. 4, 1. Trp. Der Kampf der Sozialdemokratie in der Gegenwart. Referent: Genosse Denke.

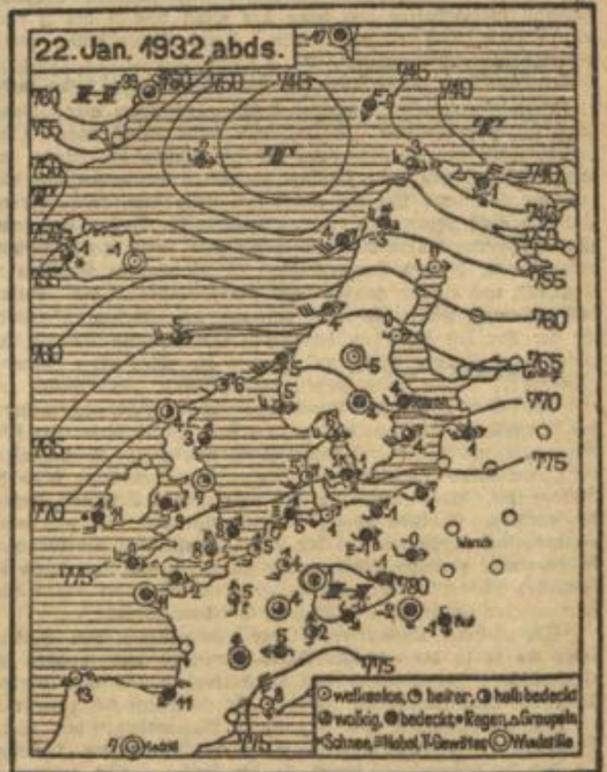
Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

- Kinderfreunde, Treffpunkt, Sonntag, 24. Januar, nach 10 Uhr, im Jugendheim, Lindenstr. 4, 1. Trp. — Treffpunkt der Jungen Genossen um 9.45 Uhr bei Köpenicker Straße 66. — Treffpunkt der Arbeiter-Friedensrat, Sonntag, 24. Januar, 10.30 Uhr, im Jugendheim, Lindenstr. 4, 1. Trp. — Treffpunkt der Arbeiter-Friedensrat, Sonntag, 24. Januar, 10.30 Uhr, im Jugendheim, Lindenstr. 4, 1. Trp. — Treffpunkt der Arbeiter-Friedensrat, Sonntag, 24. Januar, 10.30 Uhr, im Jugendheim, Lindenstr. 4, 1. Trp.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

18. Abt. In der Überredung, wo er zur Heilung seiner Krankheit wollte, nachdenklich nach langen Jahren unter Genosse Wilhelm Kautz. Mit viel Liebe in ihm einen Genossen, der Reis, wann ihn die Partei rief zur Stelle war. Wir werden sein Andenken in Ehren halten. Ueber die Beilegung in Berlin erfolgt noch besondere Mitteilung.

Allgemeine Wetterlage.



Unter dem Einfluß der europäischen Hochdruckzone blieb das Wetter auch am Freitag in ganz Deutschland niederschlagslos. Dabei war es wieder verbreitet neblig, nur stellenweise im Nordwesten, Süden und Südosten heiterte sich der Himmel auf. Die Temperaturen lagen überall in der Nähe des Nullpunktes. Mit kräftigem Druckanstieg über dem Nordmeer und Skandinavien und Druckfall über Südeuropa schwächen sich jetzt die Luftdruckgegensätze im Bereich der Wetterkarte langsam ab. Eine nennenswerte Veränderung unseres Wetters wird damit jedoch nicht verknüpft sein.

Wetterausichten für Berlin. Im ganzen etwas milder, nach nördlicher Reibung hin, tagsüber zeitweise aufheiternd, keine Niederschläge, schwache Winde aus westlicher Richtung. — Für Deutschland. In Norddeutschland ein wenig milder, im übrigen Reich keine nennenswerte Veränderung des herrschenden Witterungscharakters, nur stellenweise aufheiternd.

Der Nazi-Schuhmacher.

Ein Leser schildert uns von seiner Suche nach Arbeit das folgende bezeichnende Erlebnis:

Von Beruf bin ich Schuhmacher und schon seit längerer Zeit erwerbslos. Oft bin ich unterwegs, um bei anderen Schuhmachern Arbeit nachzufragen. Unter anderem kam ich auch zu einem Schuhmacher in der Westhafenstraße, um nach Arbeit nachzufragen. Nachdem der Meister seine Kunden abgebetet hatte, trug ich ihm mein Anliegen vor, und wir kamen dabei in folgendes Gespräch: „Was Sie wollen Arbeit haben. Was aber müssig Lohn wollen Sie denn am Tage haben? In Erwiderung der Frage sagte ich ihm, daß im Allgemeinen die Schuhmacher auf 12 Mark und seltener in Tagelohn arbeiteten. Ich erhielt die Antwort, daß nur einem Pflücker bei ihm nicht in Frage käme. Er wüßte und verlange laubere und gute Arbeit und möchte die Arbeit „mit Zeit“ gemacht haben, statt hinterher zu würgen und doch nichts Vernünftiges zustande zu bringen. So wären wir uns schon einig gewesen. Wir kamen darauf wieder auf die Lohnfrage zu sprechen. Da wir uns nicht einigen konnten, trug er, was ich denn für ein Paar geragelte Herrenschuhen mit Abfäßen haben wolle. Ich entgegnete ihm, daß ich selbst vor einiger Zeit eine Schuhmachererei hatte und meinen Ausbildekräften für Sohlen und Abfäße, genagelt in 2 Stunden und 45 Minuten und für genagelte 3 Stunden und 45 Minuten, die Stunde mit dem tarifmäßigen Satz von 78 Pf. bezahlte. In Anbetracht der letzten Notzeit und des allgemeinen Preisabwärtens erklärte ich ihm, daß ich dann für ein Paar geragelte Herrenschuhen mit Abfäßen 1,75 M. beanspruchen würde. So etwas wäre schon ganz und gar ausgeschlossen, soviel könne er nicht ausgeben, denn er wolle auch verdienen. Beim Abfertigen der Kunden bemerkte ich, daß er für ein Paar Herrenschuhe 3 M. verlangte (genagelt). Meister teilte er mir mit, daß bei ihm viele Kunden rechtsgerichtet Kreise arbeiten ließen. Er selbst sei Nationalsozialist. Sollte ich Interesse für die Arbeit bei ihm haben, so müsse ich unbedingt den „nationalen Kreisen“ angehören, eventuell selbst Nazi sein, denn was er mit seinen Genossen zu sprechen hätte, brauche von einem Andersgesinnten nicht mit angehört zu werden. Im Gegenteil, ein Andersgesinnter würde bei ihm nicht einen Scherz erhalten. Ist er sogar SPD- oder KPD-Mann, so würde er ihn eigenhändig durch seine Schaufensterheide schmeißen. Ich ließ mir meine politische Einstellung nicht anmerken und empfahl mich mit dem Hinweis, daß diese Arbeit für mich nicht in Frage käme.

Giraffenbaby im Zoo.

Endlich hat Annemarie, die fünfjährige abessinische Giraffe im Zoologischen Garten ihr schon seit langem erwartetes Baby bekommen. Sie trug es über fünfzehn Monate. Dafür war es bei seiner Geburt aber auch 80 Pfund schwer und 1,75 Meter hoch. Es ist erstaunlich selbständig und konnte bereits nach einer Stunde laufen. Es war jedoch noch keine 24 Stunden alt, als es schon 24mal fotografiert war; denn die Photographen umlagerten es, solange die Lichtverhältnisse eine Aufnahme überhaupt ermöglichten. Das Jungtier ist sehr neugierig. Ungeschickt legt es sich hin, steht wieder auf und probiert jeden Knochen und jedes Glied auf seine Verwendbarkeit. Die Alte löst ihr Baby nie aus den Augen. In einem anderen Gehege ober rechts Hans, der Vater, seinen Hals noch länger, als er schon ist, weiß er doch gar nicht, was alle die vielen Menschen von der Annemarie und seiner Tochter wollen.

Vergnügung in Hannover.

Oberhalb des Deichs Brunkenfen bei Alfeld in Hannover hat sich am Abhang des sogenannten „Rietedel“ ein großer Bergzucht ereignet. Der Rietedel wird gekrönt vom Höhenstein, einem weichen schieferen Felsen, der seit Jahren unter Natur-

Schutz steht. Infolge der starken Regengüsse der letzten Zeit sind in einer Länge von etwa 400 Metern große Bodenmassen in Bewegung geraten und zu Tode gegangen; der gesamte Weidbestand ist vernichtet.

Bezirksrat der Arbeiter-Laienspieler.

Der Bezirksrat des Arbeiter-Laienspieler-Verbandes Berlin-Brandenburg kamte auf ein Jahr bedeutsamer Aufbauarbeit zurückblicken, und man kann trotz der schlechten wirtschaftlichen Lage mit dem Ergebnis zufrieden sein. Der Bezirksratstand sowie die einzelnen Truppen haben mit bestem Erfolg das Laienspiel der fünfstelligen Propaganda der Arbeiterbewegung dienstbar gemacht. Bei Partei und Reichsbanner, den Turnvereinen, bei weltlichen Schulen, Schachspielern, Arbeiter-Schützen und der Sozialistischen Arbeiterjugend usw. wurden die Laienspieler immer gern zur Ausgestaltung des Programms herangezogen. Die Verbindung zu den befreundeten Organisationen ist gestärkt worden, besonders die Mitarbeit im Bezirksbildungsausschuss der Partei. Der kommunistische Arbeiter-Theater-Bund ist in seiner Hochburg Berlin von dem A.D. in dem einen Jahr seiner hiesigen Tätigkeit weit überflügelt worden. Auch die Versuche der Nazis, durch Spielgruppen agitatorisch zu wirken, reicht längst nicht an die Arbeit der organisierten parteigenösslichen Spielgruppen heran. Trotzdem die Aufführungen gute künstlerische Formen annehmen, wollen und dürfen die Arbeiter-Laienspieler den Berufsschauspielern nie Konkurrenz machen; vielmehr wollen sie durch das lebendige Spiel auf der Bühne als Genossen für die Genossen agitatorisch wirken. Auch mit wichtigen organisatorischen Fragen mußte sich der Bezirksrat beschäftigen, um die Bewegung erneut vorwärts zu bringen. Um bei Sprechern und Demonstrationen einheitlich aufzutreten, wurde beschlossen, eine Einheitskleidung einzuführen. Die Frage der Werbung, die technische Ausbildung unserer Mitglieder, die Mitarbeit an dem Problem einer neuen Festgestaltung, die politische Schulungsarbeit gab den Delegierten reichliche Gelegenheit zur Aussprache für die Arbeit des neuen Jahres. Die Bezirksfunktionäre wurden mit einigen Ausnahmen wiedergewählt. Als Vorkühner fungiert wieder der Genosse Heinz Wagner (Freie Spieltruppe Berlin), ebenso als Geschäftsführer Genosse Heinz Kirsche (Truppe drunter und drüber), Berlin-Rummelsburg, Türschmidtstr. 33, als Spielführer Genosse Wilhelm Mele (Truppe Junge Pioniere) als Schriftführerin Genossin Sophie Langkutsch (Truppe Berlin-Mitte), als Obmann der Redatoren Genosse Freyer (Truppe Schneberg).

Keine Verpachtung des Klosters Chorin. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der preussische Ministerpräsident auf eine offizielle Anfrage des Evangelischen Oberkirchenrats über eine eventuelle Verpachtung des Klosters Chorin geantwortet, daß seitens des preussischen Staatsministeriums eine Veräußerung oder eine Verpachtung des Klosters Chorin weder beabsichtigt worden ist noch beabsichtigt wird und überhaupt nicht in Frage kommt.

Konferenz gegen den politischen Terror. Das Kartell der Republikanischen Verbände Deutschlands verleiht seine bereits angekündigte „Konferenz gegen den politischen Terror“ bis auf Mitte Februar; es soll damit eine Reichskonferenz verbunden werden. Der neue Termin und alle näheren Einzelheiten werden rechtzeitig angekündigt. Geschäftsstelle: Berlin SW 11, Bernburger Straße 18, Kurflur 5490.

45jähriges Jubiläum. Die Mäherin Marie Israel, langjähriges kreuzes Gemeindefrauenmitglied, begeht heute ihr 45jähriges Arbeitsjubiläum in der Berliner Korkfabrik B. G. Rossmann.

Gegen Röte der Hände und des Gesichts

sowie unschöne Hautfarbe verwendet man am besten die schneeweiße Creme Leodor, die gleichzeitig eine vorzügliche Unterlage für Puder ist. — Die kühlende und heilende Wirkung tritt besonders im Winter in Erscheinung, wenn Hände und Gesicht durch Einwirkung der Kälte stark gerötet sind. Auch bei spröder und aufgesprungener Haut, insbesondere bei dem so lästigen Juckreiz der Haut, leistet die Creme vorzügliche Dienste. In allen diesen Fällen trägt man sie in dünner Schicht

auf und wiederholt dies mehrmals täglich, abends in stärkerer Schicht. Der nachhaltige Duft dieser Creme gleicht einem lauridin gepöhlten Frühlingsstrauch von Maiglöckchen, Veilchen und Flieder, ohne jenen berüchtigten Moschusgeruch, den die vornehme Welt verabscheut. — Leodor-Kühl-Creme, rote Packung; Leodor-Fett-Creme, blaue Packung. — Wirksam unterstützt durch Leodor-Edel-Seife. — Unter-Vorkriegspreise. — In allen Chlorodont-Verkaufsstellen erhältlich.

Paul F. Schmidt: Edouard Manet

Geboren am 23. Januar 1832

Wenn Manet genannt wird, ergänzt die verdoppelnde Phantasie gern den ähnlich klingenden Namen Monet; und nicht ohne Berechtigung, beide gelten ja als Hauptwortführer des französischen Impressionismus und haben sich auch gegenseitig als Freunde in ihren bahnbrechenden Leistungen gefördert. Dennoch wäre es sehr irrig, aus dieser Parallellität weitergehende Schlüsse zu ziehen, etwa in der Richtung unferes „Dioskurenpaars“ Goethe und Schiller. Monet war im besten Falle ein Trabant des leuchtenden Gestirns Manet; ihre künstliche Qualität und historische Bedeutung sieht auf allzu verschiedenen Niveaus. Es ist nicht einmal richtig, Manet als Führer der Impressionisten anzusprechen. Er gehört nur mit einem Teil seines Werkes dem Impressionismus an, und es ist noch die Frage, ob dies sein wesentlichster Teil ist und nicht vielmehr eine Art Konzeption an die Entdeckungen und Theorien seiner Freunde, an denen er sich schöpferisch und sie alle überragend beteiligt hat. Monet war zu groß, um in das historische Schema des Impressionismus hineinzu passen. Sein Werk umfaßt die ganze riesige Spannung zwischen dem Spanier Ribera aus dem 17. Jahrhundert und den ästhetischen Polen des Impressionismus; Goya ist so gut in seinem Werk enthalten wie Ingres und Renoir, und mit einem Bild vermag er den spätgeborenen Signac zu erschöpfen. All diese Namen, zu denen noch andere, spätere hinzutreten, deuten nur den Umkreis der Anregungen an, die er empfing und vor allem ausstrahlte, ja, man möchte fast sagen, daß auf seine Vorgänger von ihm aus ein ganz neues Licht fällt.

Das macht Manet war ein absolutes Genie der Malerei und darum ein Maßstab des Kunstwillens, der auf die Jahrhunderte vor ihm ebenso angewendet werden kann wie auf die Folgezeit. Je weiter der Abstand von ihm wird, desto überragender erscheint er; er ist eine Achse, um die sich die Entwicklung dreht, ein wahrer Mittelpunkt für die Malerei des 19. Jahrhunderts, dessen Auswirkungen wir nicht nur heute noch täglich erleben, sondern auch noch unsere Enkel werden feststellen können. Dabei hat er stoßartig oder psychologisch durchaus nichts Neues gebracht, und seine Form, diese Aufhebung der Sichtbarkeit in malerische Flächen, hat in der Kunstgeschichte Vorgänger, ist in der Folgezeit weit konsequenter fortentwickelt worden. Aber es kommt hier auf die Stellung in

mitteln der Entwicklung an. Manet steht im Schnittpunkt der wichtigsten Linien, die den Verlauf der Kunst vom 17. bis zum 20. Jahrhundert bezeichnen, er greift mit allen Organen ebenso weit in die Vergangenheit, über die Le Rain und die Spanier bis zu Clouet zurück, wie in die Zukunft hinein. Das alles ist erstaunlich und ebenso begründlich gegenüber der einfachen Tatsache seiner Kunst, die schließlich als die Meisterleistung des Malers für alle Zeiten gelten mag. Es ist gleichgültig, was er gemalt hat; ein Spargelbund, ein spanischer Bettler gilt dabei so viel wie die großmächtige „Erziehung Raginians“ oder das gewagt-unschuldige Menschenmischen, das „Frühstück im Grünen“ heißt. Alles faßt er mit der gleichen Unmittelbarkeit und durchdringenden Intensität an, die seine Werke als unerhörtes Neues, als immer wieder Ueberwältigendes und Riesengroßes erleben läßt. Seine Unschuld gegenüber dem Stoff entmaterialisiert alles, sein Werk wirkt in Wahrheit wie eine Variation von Stilleben. In diesem Stillebenhaften, dem beinahe Unpersönlichen seiner Auffassung sichtbarer Dinge, beruht die dynamische Kraft seiner Kunst, in ihr ist die Schwere der Materie restlos in der Größe der malerischen Form aufgegangen. Das Auffregende dabei ist die unaufhörliche Wandlung innerlich der Auffassung; jedes Bild ist von einem anderen farblich-räumlichen Standpunkt aufgenommen, jedes ist ein Unikum, unwiderrücklich allen übrigen, eine Ueberwindung für den Betrachter, noch beim wiederholten Ansehen. Manet ist darum so unerhörlich und einmalig und so modern, weil er die Endgültigkeit des malerischen Ausdrucks mit dem Ansehen unermittelter Improvisation verbindet; seine Bilder sind tief verankert in ältester Tradition, und zugleich frapieren sie durch ihre Frische, als ob sie heute entstanden wären; und dies „heute“ wird auch noch Gegenwort nach hundert Jahren sein.

Es ist beinahe selbstverständlich, daß das Leben eines solchen in seinem Werk aufgehenden Genies keine Emotionen enthielt. Er wurde am 23. Januar 1832 in Paris geboren und starb am 30. April 1883 in Paris; er machte als Sechzehnjähriger auf einem Schulschiff eine Reise nach Brasilien und lebte seitdem in Paris als wohlhabender Künstler, dessen Ergebnisse sich, außerhalb seiner künstlerischen Etappen und Reisen, im Schicksal seiner Bilder auf Ausstellungen vollzogen.

Ernst Teike:

Landesväter als „Theaterfreunde“

Unter jenen Landesvätern, die aktiv in die Führung ihrer Hofbühne eingriffen, verdient der Braunschweiger Herzog Karl, dem seine gequälten Untertanen 1850 den Stuhl vor die Tür setzten, eine besondere Rolle. Die Schauspielerin Karoline Bauer schreibt in einem Brief von ihm, daß er es liebte, seinen großen Hund mit in die Theaterloge zu nehmen und ihn in den Schwanz zu kneten, so daß er während der Vorstellung laut durchs Haus heulte. In ihren „Komödiantenfahrten“ fügt sie auf Grund der ihr gewordenen Mitteilungen von Kollegen hinzu: „Ihm mißliebige Schauspieler mußte er in der raffiniertesten Weise zu quälen. War ein fünfaktiges Stück abends endlich zu Ende gespielt und die Künstler wollten tommüde ihre Kostüme ablegen, so erschien der Herzog nicht selten auf der Bühne, machte die Vorsteller wegen ihres miserablen Spiels wie die Schulbuben herunter, ließ sich ein bequemes Fauteuil herbeischaffen und dann das Stück von A bis Z unter seiner Regie noch einmal spielen. Seine Favoritinnen waren natürlich davon dispensiert.“

Ein sächsischer Gefelle war auch der Kurfürst von Hessen-Kassel, an dessen Theater 1849 Ludwig Gabilon engagiert war. Daraus geht folgende Anekdote: Serenissimus hatte die Gewohnheit, sich unbestimmt um die Vorgänge auf der Bühne mit seinem laut schnarrenden Organ in der Hofloge zu seinem Adjutanten über alles auszusprechen, was ihm fast durch den Sinn fuhr. Das verdros Gabilon nicht wenig, und als er einmal in der Rolle d'Artagnans zu einer schönen langen Rede einsehen wollte, hörte er Serenissimus geräuschvoller denn je konversieren. Da übermannte Gabilon die Uingeduld, und ein im ganzen Haus vernehmliches „Pst!“ entfuhr halb unbewußt seinen Lippen. „Was war das, Härigen?“ wandte sich der Kurfürst sofort an den neben ihm sitzenden Intendanten. „Eine neue Nuance Gabilons“, lautete die schlagfertige Antwort. „Nuance?“ meinte seine Hoheit lapidärschüttelnd, „das wollen wir erst mal sehen.“ Nun, der Intendant veräumte nicht, noch während der Vorstellung Gabilon Bericht zu erstatten, und dieser zog seine Konsequenzen. Noch für dieselbe Woche wurde eine Wiederholung der „Musketiere“ angelegt. Zu Beginn der Vorstellung blieb die Hofloge leer. Aber unmittelbar vor d'Artagnans Stühlwort erschien der Kurfürst. Gabilon setzte zu seiner großen Rede ein, und genau an derselben Stelle wie bei der ersten Vorstellung unterbrach er sie zum nicht geringen Staunen des ganzen Oratoriums durch ein deutliches „Pst!“. Serenissimus aber verließ sofort das Schauspielhaus; er glaubte nun wirklich an Gabilons Nuance.

Ein ehrlicher Theaterfreund war König Anton von Sachsen. Aber als er in die achtziger Jahre gekommen war, brachte sein regelmtäßiger Theaterbesuch den Mitwirkenden und dem übrigen Publikum auch keine rechte Freude. Er unterhielt sich zwar nicht mit seinem Adjutanten, aber er hatte die Angewohnheit des „lauten Denkens“. 1834 spielte Karoline Bauer in Dresden die „Ophelia“. In der Bahnsitzsitzung sprach sie die Verse: „Wie erkenn' ich deine treu' Lieb' vor den anderen nun?“ usw. in singendem Ton. Dies war dem guten König neu, und so sagte er ganz laut vor sich hin: „Ich glaube gar, die singt ...“ „Pst! Pst! Pst!“ rief es aus dem Parterre. Und da hörte Karoline Bauer den alten Herrn in seinem sächsischen Dialekt wiederum ganz laut zu der Prinzessin Auguste sagen: „Na! Na! War werd' doch noch reden derken!“

Von der Art und Weise, in der Ludwig II. von Hessen sich um sein Hoftheater kümmerte, geben die Lebenserinnerungen Julius von Werthers, der 1872 bis 1874 das Darmstädter Hoftheater leitete, ein amüßendes Bild. Ludwig besuchte das Theater an jedem Spielabend. Und zwar erschien er bereits um 5 Uhr, auch wenn die Vorstellung erst um 7 Uhr begann. Der Intendant persönlich hatte ihn zu empfangen, und zwar je nach der Feierlichkeit des Tages in einer anderen Uniform. Der Großherzog selbst hatte vier Uniformaufstellungen erfunden. Die feierlichste bestand in einer goldbesetzten Gala mit weißen Plüschhosen von französischer Mode, die einfachste in einer Ausstaffierung, in der sich Julius von Werther wie ein Weihenwarter vorkam. Aber auch hier gehörte der Degen an der Hüfte dazu. Nach dem Empfang begab sich der Großherzog mit dem Intendanten und dem von ihm unzertrennlichen Schloßinspektor in die Loge. Wein wurde angebracht, und der Großherzog stärkte sich für die späteren Genüsse. Unterdessen hielt ihm der Intendant Vortrag. Von den geschäftlichen Dingen wollte der Großherzog aber nichts wissen, ihn inter-

essierte nur der Spielplan. Und hier verlangte er immer wieder Unterhaltungsstücke, womöglich gar Poffen und Ballette. Der Intendant kam oft in große Schwierigkeiten, weil die Finanzkommission im Gegensatz zum Großherzog auf Schauspiele und ernste Opern drängte. Waren Unterschriften nötig, so mußte der Intendant warten, bis sein hoher Herr unter dem Einfluß des Weins in eine fidele Stimmung geraten war. Nur dann waren sie zu haben. Natürlich hatte der Großherzog auch eine Freundin, die vordem beim Hoftheater engagiert gewesen war, und zwar als Ballastängerin. Diese Dame erschien jedesmal im Vorzimmer zur Loge, um den Intendanten bei dem allergnädigsten Herrn abzulösen. In den Zwischenzeiten soupierete sie daselbst mit ihrem fürstlichen Freunde. Die Vorstellungen durften nicht eher weitergehen, als bis das Souper beendet war. Es gab im Publikum viel Unwissen über die langen Pausen, der Intendant hatte das auszubaden. Aber er war machtlos. Ja, es geschah sogar, daß eine gosternde berühmte Sängerin den Nachtzug veräumte, weil es an dem betreffenden Abend in der landesherrlichen Loge Huhn gab und die Arbeit mit den Knöcheln länger dauerte, als vorgelesen war. Das Huhn war wichtiger als die Sängerin.

Ein wirklicher Verehrer und Freund der Theaterkunst, ja, mehr noch: ein bedeutender Förderer und Reformator der Bühne war Herzog Georg II. von Meiningen. Er nahm selbst am Aufbau seiner Hofbühne kühnsten Anteil. Er wirkte bei Spielplangestaltung und Proben mit. Er entwarf beachtliche Skizzen für die Bühnenbilder. Er brachte an seinem Theater neue Regieprinzipien zur Anwendung. Er erreichte an seiner Bühne künstlerische Höheleistungen, die sich nicht nur in Meiningen bewährten, sondern auch auf zahlreichen Gastspielreisen durch alle deutschen Großstädte und viele Kunstzentren des Auslandes. Die Reform Georgs von Meiningen bezog sich sowohl auf das Bühnenbild wie auf das Spiel. Er räumte mit dem Schendrian auf, mit dem bis dahin die Szene meist gestaltet worden war; er sorgte für Bühnenbilder, die „stille“ waren und dabei eine lebendige Gliederung der Bühne brachten. Im Hinblick auf die Darstellung verstand er es besonders, die Statuierrie zum lebendigen Faktor des Spiels zu machen. Wo früher bei den Aufführungen meist uninteressierte bewegungslose Hauern gestanden hatten, agierten bei ihm Gruppen, die wirklich am Spiel Anteil nahmen. Der Eindruck dieser Neuerungen war so stark, daß die Gastspiele der Meiningen geradezu eine neue Epoche der Bühnenkunst einleiteten. Als Mensch, der wirklich etwas von den Dingen verstand, besaß Georg II. eine liberale Gesinnung und viel menschliches Verständnis. Er konnte sogar Widerspruch vertragen. Das geht aus einem Bericht Ludwigs Barnas her, der als junger Anfänger dem Ensemble des Meiningen Hoftheaters angehörte. Barnas stand einmal auf der Bühne, als der Herzog bei einer „Hamlet“-Probe eine recht sonderbare Spielanweisung gab. Der Regisseur, Grabowski, befehlte sich natürlich, mit einem devoten „Zu Befehl“, die Anweisung des Herzogs auszuführen. Nur der junge Barnas konnte sich nicht enthalten, laut dazwischen zu rufen: „Aber das ist ja alles falsch, das ist ja sinnlos!“ Er fährt in seinem Bericht dann fort: „Kam mir diese Worte gesprochen, als mich alle mit weit ausgetriebenen Augen erschreckt anstarrten; an ihren Mienen merkte ich erst, wech großen Fehler ich begangen hatte. Ich war nun selbst sehr erschrocken, konnte aber nichts mehr ungeschehen machen, und so horchte alles gespannt, was der Herzog wohl erwidern würde. Nach einer kleinen Pause erhob sich aus dem finsternen Parterre die Stimme des Herzogs: „Na, na, die deutsche Sprache ist ja nicht so arm! Warum meinen Sie denn, Herr Barnas, daß das so unsinnig sei?“ Ich konnte nun nicht mehr zurück und polterte meine Begründung hervor: ... Eine unheimliche Stille folgte meinen Worten. Endlich rief der Herzog: „Herr Grabowski, machen Sie es so, wie Herr Barnas sagt, er hat recht, ich habe unrecht! Weiter!“ Von dem vernünftigen Denken und dem Humor des Herzogs zeugen auch Aufzeichnungen Ray Grubes, der seine ruhmreiche Laufbahn als Intendant des Meiningen Hoftheaters beendete: „Wußte ich dem Herzog Briefe zu senden, die mehr oder weniger deutliche Anspielungen auf Orden und Titelwünsche enthielten, so bekam ich sie mit Randbemerkungen zurück, die für die Schreiber nicht immer sehr schmeichelhaft waren. Die meisteste war noch: „Herr I hat Knopflochschmerzen. Sehr unbedeutend!“ Ein Direktor des Hoftheaters, der seinen Titel gerne mit

dem wohlklingenderen Intendanten vertauscht hätte, machte einst eine feine, dahinzuziehende Eingabe: Er erhalte Briefe mit gar verschiedenen Anschriften: „Herr Oberregisseur“, dann: „Herr Direktor“, zuweilen jedoch auch: „Herr Intendant“. Er biete um gnädige Anweisung, wie er sich dazu verhalten sollte. Die Randbemerkung lautete: „Machen Sie sich nichts daraus!“

Von ehrlicher Begeisterung für das Theater erfüllt war zweifellos auch Ludwig II. von Bayern. Aber seine Theaterbegeisterung ging merkwürdige Wege. Man weiß, daß er in seinen späteren Jahren das Theater nur bei Vorstellungen besuchte, die ausschließlich für ihn gespielt wurden; einsam sah er im öden Haus in seiner Loge. Immerhin wird man es vielleicht verstehen können, daß er, ein überfeinspinner Mensch, an einer Vorstellung seinen Genuß hatte, bei der ein untertäniges Parterre seiner Hofloge mehr Beachtung schenkte als der Bühne. Absonderlicher war noch die Art und Weise, in der er die Aufführung zu beeinflussen trachtete. Er spielte nicht selbst wie Georg von Meiningen den Regisseur. Aber er griff doch hin und wieder unmerklich in die Inszenierungen ein. Mehr noch als dem Meiningen kam es ihm bei allen Aufführungen auf „Echtheit“ an. Sein stärkstes Interesse galt historischen Dramen. Aber sie gefielen ihm nur, wenn ihre Vorgänge nicht mit den geschichtlichen Ereignissen in Widerspruch standen. Mehr als einmal regte ihn auch die Lektüre eines geschichtlichen Werkes daran, daß er diesen oder jenen Schriftsteller beauftragte, aus dem historischen Stoff ein Drama zu formen. Da die Autoren sich streng an die Portage halten mußten, kam natürlich nicht viel dabei heraus. Wie sehr Ludwig auf eine historisch getreue Darstellung bedacht war, davon geben die Lebenserinnerungen Poffarts ein anschauliches Bild. Es handelte sich um die Einstudierung eines auf Veranlassung des Königs von Meinel verfassten Stüdes: „Racines Esther in St. Cyr.“ Die Regie hatte die Hauptrolle, eben die Aufführung des Racineschen Dramas durch die jungen Damen des Stüdes St. Cyr vor Ludwig XIV. auf eine Gartenterrasse gelegt. Und der Eindruck des Aktes mit seinem geschickten Aufbau von Hof und Darstellerinnen, mit seinen Lampen und Fackeln war höchst wirkungsvoll. Aber der König war nicht befriedigt. Möge Poffart, der Regisseur der Aufführung, das Weitere selbst erzählen: „Am Schluß der Vorstellung ließ der König mich benachrichtigen, ich möchte mich nicht zur Ruhe begeben, er würde mir nach der Rückkehr in seine Gemächer unsehbare Zeugnisse schicken, daß ich diesen Vorgang falsch inszeniert habe. Im Witternacht erschien dann auch der Bote mit einem umfangreichen französischen Werke, aus dem hervorging, daß die Aufführung der Racineschen „Esther“ in der großen Eingangshalle des Erziehungsinstituts von St. Cyr gespielt habe, daß ferner dem König Ludwig XIV. zur Rechten der kleine Prinz von Wales, zur Linken die Königin von England gesessen habe, der sich wiederum links die Dauphine und der Herzog von Orleans angeschlossen hätten usw. „Können Sie mir bis übermorgen die Szene so herstellen, daß sie dem historischen Vorgang entspricht?“ Der Diener wartete, ich las und schickte seiner Majestät, daß es mir mit Hilfe unserer trefflichen Akter und der schon vorhandenen Dekorationen wohl gelingen würde, seinen Wunsch zu befriedigen. Allerdings ständen der gemüthlichen Inszenierung technische Bedenken entgegen, weil dabei Ludwig XIV. und die Königin von England durch die hinter ihnen aufgestellte Hofgesellschaft vollständig verdeckt würden und Seine Majestät demnach von diesen beiden Hauptfiguren hier bloß den Rücken und die Allongestir zu sehen bekäme. Der Bote kehrte mit meinem Bericht in das Schloß zurück, und frühmorgens um 3 Uhr erhielt ich die Antwort: Es sei seiner Majestät vollkommen gleichgültig, ob die Gesichter Ludwigs XIV. und der Königin von England in dieser Szene von ihm gesehen würden oder nicht; er wolle nur den historischen Vorgang dargestellt wissen.“ So ging Poffart denn an die Arbeit, und der König war befriedigt.

Auch Wilhelm II. der letzte Preußenkönig und Deutsch Kaiser, war ein großer Freund des Theaters. Kein Wunder: seine theatralische Natur mußte sich zur Bühne hingezogen fühlen. Er brachte allen Fragen der Spielplangestaltung usw. lebhaftes Interesse entgegen, er war auch häufig bei Proben anwesend und mischte sich in die Regie. Nach Ray Grube, der lange Zeit unter seiner Regie am Hoftheater tätig war, hatte er dabei manchmal sogar ganz gesunde Einfälle; in der Hauptloge bezogen sie sich freilich auf Außerlichkeiten, wie die Durchführung eines Aufzuges, eines Gefechtes und dergleichen. Von einem tieferen Kunstverständnis konnte bei Wilhelm II. nicht die Rede sein; davon zeugt wohl am besten das Repertoire, das unter seiner Einwirkung gepflegt wurde: Der modernen Literatur blieb das Berliner Hoftheater verschlossen, dafür wurde ein Dramatiker wie Laufs mit seinen patriotischen Schinken in den Vordergrund gerückt und Leoncavallo beauftragt, seinen „Roland von Berlin“ zu komponieren. Als Ray Grube zum ersten Male mit seiner Majestät zusammen war, vertrat Wilhelm II. allen Ernstes die Auffassung, man könne und solle Meißens „Prinzen von Homburg“ spielen, aber unter Wegstreifung jener Szene, in der dieser Prinz vor dem Tode zurückbleibt. Ein Hohenzollernprinz darf eben keinen Freiheitsanfall haben. Ray Grube wagte es, dem Kaiser darauf hinzuweisen, daß mit dem Herausstreichen jener Szene dem Stück geradezu das Herz ausgebrochen werden würde. Der Kaiser ließ Grube daraufhin stehen und hatte später nur die Bemerkung: „Das ist ja ein verflucht geistloser Herr!“ Charakteristisch für die künstlerischen Ideen Wilhelms II. ist auch seine höchst persönliche Anordnung, wonach bei einer Festvorstellung im Anschluß an eine Oper noch der letzte Akt eines Lauffschen Madewerkes gespielt werden mußte, — aber ohne Worte, als Pantomime!

Gerade die wilhelminische Periode der preussischen Hoftheater kann als eklatanter Beweis dafür gelten, wie unzeitgemäß im Lauf der Jahrzehnte die Hofbühnen geworden waren. Gerade im Hinblick auf die wilhelminischen Hoftheater begreift man, welchen Fortschritt die Revolution mit der Umwandlung dieser Bühnen in staatliche Institute brachte. Gewiß haben sich auch die Staatstheater nicht immer und überall als Begabener großer, lebendiger, von freizeithlichem Geist getragener Kunst erwiesen. Einflüsse reaktionärer Regierungen und Parteien haben mitunter unheilvoll gewirkt. Aber betrachtet man die Stellung und die Leistungen der alten Hoftheater, so muß man doch sagen, daß mit ihrer Umwandlung in staatliche Bühnen ein neuer fortschrittlicher Geist zum Siege kam. Und nur mit tiefem Bedauern kann man hören, daß nun wieder einige dieser staatlichen Kunststätten — gewiß nicht die schlechtesten — der Wirtschaftskrise und der durch sie bedingten Sportpolitik zum Opfer fallen sollen.

Das „Ohr“ der Insekten. Durch verschiedene Versuche an Heuschrecken und Grillen ist mit Sicherheit festgestellt worden, daß die Insekten einen Gehörsinn besitzen. Er bemerkt sich allerdings nicht, wie häufig angenommen wird, in den Füßeln, sondern in dem sogenannten tympanalen Sinnesorgan, das seinen Sitz in den Schenken der Vorderbeine hat. Durch verschiedene Experimente wurde z. B. einwandfrei nachgewiesen, daß Grillenweibchen mit Hilfe dieses Organs das Zirpen der Männchen vernehmen.

Radio und Körpertemperatur. Die amerikanische Forscherin Dr. Hooper hat festgestellt, daß sich bei Personen, die sich in der Nähe eines Radiosenders für Kurwellen von 5 Meter Länge befinden, die Körpertemperatur innerhalb von 5 Minuten merklich erhöht. Es wird die Möglichkeit erwogen, diese Tatsache in der Medizin zu verwenden, um unter Umständen künstliches Fieber zur Heilung verschiedener Krankheiten erzeugen zu können.

Neuer Zusammenbruch.

Hannoversches Großunternehmen stellt Zahlungen ein

Die hannoversche Metallindustrie steht seit einigen Monaten unter einem ganz besonders bösen Stern. So hat die hannoversche Waggonfabrik (Hawa) nicht nur ihren Betrieb stillgelegt, sondern ist zugleich zur Auflösung des Unternehmens gezwungen, ferner hat das größte metallverarbeitende Unternehmen am Platze, die hannoversche Maschinenfabrik A.-G. (Hanomag) ihre Zahlungen einstellen müssen, und jetzt sieht sich das große Zentralheizungs- und Maschinenunternehmen Gebrüder Körting A.-G. gleichfalls gezwungen, seine Zahlungen einzustellen. Diese drei zusammengebrochenen Großbetriebe in Hannover beschäftigten noch 1929, dem ersten Jahre absteigender Konjunktur, zusammen fast 10 000 Arbeiter und Angestellte. Dementsprechend ist die Arbeitsmarktlage für die hannoverschen Metallarbeiter zur Zeit einfach katastrophal.

Dieser neue Großzusammenbruch zeigt, in welchem verheerenden Umfang sich die falsche Reichsfinanzpolitik gegenüber dem Baumarkt jetzt auch auf die soliden Unternehmen der Eisenindustrie auswirkt. Die Gesellschaft, die ein Kapital von 7,9 Millionen Mark hat, mußte zwar schon für das Geschäftsjahr 1930 einen Verlust von 400 000 Mark ausweisen, jedoch arbeitete das Unternehmen in den vorhergehenden Jahren durchaus rentabel.

Die Verwaltung hat ihre Gläubiger ersucht, ihre Zustimmung zur Einleitung eines Vergleichsverfahrens zu erteilen. Als die Ursachen der Zahlungseinstellung werden neben dem völligen Daniederliegen des Baugeschäftes noch starke Kursfälle und Verluste im süd-amerikanischen Geschäft angegeben, wozu die Gebr. Körting A.-G. von jeher einen großen Export unterhielt. Infolge der Währungszerstörung und Zahlungssperre war es unmöglich, Forderungen in diesen Staaten einzutreiben.

Was wird mit dem Bierpreis?

Stehen die Brauereien unter Naturschutz?

Die offizielle Vertretung des Gastwirtsgeribes hat gestern dem Reichskommissar für Preisüberwachung mitgeteilt, daß das Gastwirtsgeribe von sich aus nicht in der Lage sei, zur Senkung der Ausschankpreise Vorschläge zu machen, die technisch durchführbar sind und vom Gewerbe getragen werden können.

Das Gastwirtsgeribe erkennt zwar die Notwendigkeit einer fühlbaren Senkung des Bierpreises durchaus an, ist aber der Auffassung, daß ein Abbau der Brauereipreise um nur 2 Mark für das Hektoliter — von 49,85 auf 47,85 Mark — nicht ausreicht.

Die Verhandlungen des Preiskommissars wegen der Bierpreissenkung sind also, wie die Antwort der Gastwirte zeigt, aufs neue ins Stocken geraten. Schuldlos ist Dr. Goerdeler an dieser Entwicklung nicht, denn er mußte sich von vornherein sagen, daß ein Abbau des Hektoliterpreises um 2 Mark jede fühlbare Verbilligung des Volksgetränkes ausschließt. Wenn Herr Goerdeler jetzt auch für die Gastwirte eine Senkung der Ausschankpreise um weitere 2 Mark verordnet, so bleibt als völlig unzulängliches Gesamtergebnis eine Verbilligung um 4 Pfennig für das Liter Bier. Bei der Berliner Molle von $\frac{1}{100}$ Liter würde also die Preisentwertung nur $\frac{1}{2}$ Pfennig ausmachen. Allerdings müßte jetzt auch in Norddeutschland bei den Gastwirten unbedingt auf Einführung der Pfennigrechnung gedrückt werden, denn es ist ein unmöglicher Zustand, daß der Konsument für die $\frac{1}{100}$ Liter-Molle 25 Pfennig bezahlt, für den Becher von $\frac{1}{100}$ Liter aber 15 Pfennig.

Aber auch der Übergang zur Pfennigrechnung würde das Bier nur in winzigem Umfang verbilligen und es muß daher nachdrücklich gefordert werden, daß der Reichskommissar die Brauereien im Rahmen seiner Preisentwertung nicht unter Naturschutz stellt, sondern sich endlich zu einer fühlbaren Verbilligung entschließt.

Wie aus München gemeldet wird, wird in Bayern vom 1. Februar an das Bier um 4 Mark je Hektoliter im Preise gesenkt, und zwar entfallen je zwei Mark der Preisentwertung auf die Brauereien und den Schankmgen. Eine Aufrundung bei der Einzelberechnung ist verboten.

Material für den Preiskommissar.

Die Rohstoffkosten in der Seifenindustrie.

Die Seifenindustrie hat bei der Preisentwertung verschiedentlich Winkelzüge gemacht. In den Verhandlungen, die der Reichskommissar für Preisüberwachung mit dieser Industrie geführt hat, hat sie zwar eine 10prozentige Senkung für die wichtigsten Sorten gegenüber dem Stand vom 30. Juni 1931 zugestehen müssen. Die Seifenfabrikanten haben sich aber erst nach schärferem Druck hierzu bereit erklärt, und verschiedentlich ist auch der Preisabbau noch nicht durchgeführt, so daß hier ganz deutlich wird, daß die Seifenindustrie die Verbilligung möglichst bis zum letzten Termin, nämlich Ende Januar, hinauszuziehen möchte. Zugleich haben die Fabrikanten für die künftige Preisentwicklung den Vor-

6 Millionen Arbeitslose nicht genug?

Die Irrwege der Handelspolitik — Abschaffung der Arbeit?

Die neue Notverordnung, die der Reichsregierung eine Generalmächtigung zur Erhebung von Valuta- ausgleichszöllen und zur Einführung von Kampfzöllen gibt, und die im Anschluß daran vorgenommene starke Erhöhung der Butterzölle eröffnet schlimmste Möglichkeiten. Schon wollen Schiele und der Landbund den Handelskrieg auf allen Gebieten. Schon will auch die Eisenindustrie Antidumpingzölle als neues Instrument zur Ausbeutung des Inlandes. Man muß sich darüber klar werden,

was für Deutschland auf dem Spiel steht,

wenn durch rücksichtslose zollpolitische Maßnahmen die Ausfuhrmöglichkeiten noch weiter verschlechtert werden. Der einzige Lichtblick in dem Dunkel der wirtschaftlichen Katastrophe war bisher die relativ gute Behauptung der deutschen Ausfuhr. Während die industrielle Produktion seit 1928 auf etwa die Hälfte zusammengeschrumpft ist, lag die deutsche Ausfuhr im Jahre 1931 mengenmäßig noch annähernd auf dem Niveau des Jahres 1928. Es ist zwar die etwa zehnprozentige Exportsteigerung des Jahres 1929 verlorengegangen, aber insgesamt hat sich die Ausfuhr doch im Vergleich zu anderen Industrieländern viel stärker behaupten können. Die Beschäftigung für den Export hat somit im Rahmen einer gewaltig gedrosselten Gesamtproduktion noch ein viel größeres Gewicht erhalten, als ihr bereits vor Krisenausbruch zukam. Die Ausfuhrquote der industriellen Produktion, die damals wohl bei 25 bis 30 Proz. gelegen haben dürfte, hat sich inzwischen bis zum Jahre 1931 wohl auf annähernd 40 Proz. erhöht, d. h. daß im abgelaufenen Jahre 40 Proz. der noch in der Industrie beschäftigten Arbeitsträfte, also etwa 3 bis 3 1/2 Millionen Arbeiter und Angestellte, durch Exportaufträge Beschäftigung finden konnten. Durch die Währungswirren und die zahlreiche neuen Einfuhrerschwerungen ist nun ohnehin die deutsche Ausfuhr stark bedroht. Bei den drakonischen Lohnsenkungsmaßnahmen ist betont worden, daß diese Herabdrückung notwendig sei, um im ausländischen Wettbewerb einen Ausgleich für die Entwertung des Pfundes und anderer Währungen zu schaffen. Wir haben diese Auffassung bekämpft, indem wir darauf hinwiesen, daß ein Wettlauf mit dem Währungsfall vergeblich sei. Wenn man aber die letzte und die vorangegangenen Lohn-

senkungen, überhaupt die gesamte Deflationspolitik, als Anpassungsmaßnahmen zur Stärkung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit und als Ausgleich für die Valutaentwertung gerechtfertigt hat, wie es von der Regierungsseite geschehen ist, so kann man einfach mit dieser Argumentation die neue, nunmehr eingeleitete Zollerhöhungswelle nicht in Einklang bringen.

Man wird vielleicht auch handelspolitische Ausgleichsmaßnahmen erörtern müssen.

Der Weg aber, den die Reichsregierung eingeschlagen hat, führt in eine Sackgasse hinein und muß zur schwersten Beeinträchtigung der deutschen Ausfuhrinteressen führen.

Wir müssen ohnehin bereits damit rechnen, daß wir trotz aller Lohn- und Kostensenkungen infolge der neu eingetretenen Handlungserschwerungen die Ausfuhr nicht werden voll ausrecht erhalten können; nun aber droht die Gefahr, daß Gegenmaßnahmen der deutschen Kundenländer oder auch schon allein die Welle der Bestimmung gegenüber Deutschland den Export noch viel stärker lähmt.

Wir haben heute schon 6 Millionen Arbeitslose. Seit Anfang Dezember haben wir rund eine Million Arbeitslose mehr. Der größte Teil dieser neuen Arbeitslosigkeit kommt diesmal nicht vom Baumarkt und aus der Landwirtschaft, sondern aus den Konjunkturindustrien. In der Hoffnung auf neue Preisentwertungen hat seit 1. Dezember niemand mehr etwas bestellt; alle Bestellungen wurden abgefragt. Die Notverordnung mit ihren Lohn- und Gehaltskürzungen kam hinzu. Haben wir noch immer nicht genug Arbeitslosigkeit in Deutschland? Die „neue Handelspolitik“ wirkt geradezu als eine Politik der Arbeitsabschaffung, als Politik des wirtschaftlichen Selbstmordes.

Wir sehen zudem die Gefahr, daß der jetzt eingeschlagene Kurs der Zollerhöhungen und Valutaausgleichsmaßnahmen nicht allein uns die Beschäftigung mit einem Schlag weiter stark verringert, sondern außerdem durch die psychologischen Rückwirkungen Deutschland noch weiter isoliert und die deutsche Stellung im internationalen Wettbewerb zugunsten anderer Länder für dauernd schwerer schädigen kann.

Die Regierung trägt wahrlich eine schwere Verantwortung. Wir warnen nochmals aufs dringendste vor einer Weiterverfolgung dieser verhängnisvollen Methoden.

behalt gemacht, daß sie ihre Preise an die der wichtigsten Rohstoffe anpassen müßten.

Nun haben aber die Rohstoffpreise der Seifenindustrie von 1929 bis 1931 einen rapiden Sturz erlebt. Etwa 50 bis 60 Proz. des Produktionsquantums entfallen auf die Rohstoffe Palmöl, Olivenöl und Tran, und der Rest auf Palmkerne und Erdnüsse. Rund 60 bis 70 Proz. des Wertes vom Endprodukt Seife machen diese genannten Öle und Fette aus. Seit 1929 aber sind die Preise für Palmöl und Palmkerne um 37 Proz., für Erdnüsse sogar um 46 Proz. und für Tran annähernd um 50 Proz. gesunken.

Wenn zum Jahresende die Rohstoffpreise gegenüber dem Tiefstand vom Januar 1931 um 5 bis 10 Proz. gestiegen sind, so ist dies keine tatsächliche Preissteigerung, denn die Preise werden in englischen Pfunden notiert. Die Januarpreise 1931 sind aber noch in Goldpfunden festgesetzt, die Preise zum Jahresende jedoch in Papierpfunden. Trotz der nominellen Preiserhöhung um 5 bis 10 Proz. sind die tatsächlichen Preise für die deutschen Fabrikanten noch gefallen, da inzwischen eine Entwertung des englischen Pfundes um 25 bis 30 Proz. eingetreten ist. Wir weisen auf diese Zusammenhänge mit besonderem Nachdruck hin, weil im Dezember von der Margarineindustrie der Dreh versucht wurde, die infolge der Pfundentwertung gestiegenen Pfundnotizen als effektive Preissteigerungen der Rohstoffe hinzustellen.

Enttäuschungen in England.

Pfundentwertung bringt keine Belebung des Kohlenexportes.

Die englischen Zechenbesitzer haben bis zur Aufhebung des Goldstandards zu den eifrigsten Propagandisten der Pfundentwertung in England gehört. Die Spekulation dieser schwerindustriellen Kreise ging dahin, daß bei sinkendem Pfund der englische Bergbau eine Exportprämie erhalten würde, die ihm einen gewaltigen Vorsprung vor der ausländischen Konkurrenz sichern mußte.

Wie aber die Entwicklung des englischen Kohlenexports im Jahre 1931 beweist, sind die Hoffnungen auf eine starke Exportsteigerung seit der Pfundentwertung völlig schiefgelagert. So ist die Kohlenausfuhr von 54,8 auf 42,7 Millionen Tonnen gesunken und ihr Wert in annähernd dem gleichen Verhältnis von

45,6 auf 34,6 Millionen Pfund. Seit 1926, dem Jahre des großen Bergarbeiterstreiks, hat der Kohlenexport Englands nicht einen derartigen Tiefstand erreicht wie 1931. Am bemerkenswertesten hierbei ist, daß in den letzten dreieinhalb Monaten des vergangenen Jahres, in der Zeit des Pfundalles, sich eine Exportbelebung nicht durchsetzen konnte. Die Kohlenlieferungen nach Deutschland bleiben durch 1930 um 11 Proz. und gegen 1929 sogar um 23,5 Proz. zurück. Nur im Oktober war eine ganz vorübergehende Belebung festzustellen, die aber sehr schnell wieder einem neuen Rückschlag im November und Dezember Platz machte.

Allianz wollte Favag kaufen.

Generaldirektor Schmitt als Zeuge im Favag-Prozess.

Frankfurt a. M., 22. Januar. (Eigenbericht.)

Im Frankfurter Versicherungsprozess war gestern ein großer Tag. Zur Diskussion stand die Frage, wie sich der Allianz-Konzern vor und nach dem Zusammenbruch der Favag zu diesem Unternehmen gestellt habe. Der Leiter des Allianz-Konzerns, Generaldirektor Schmitt, äußerte sich als Zeuge zu dieser sehr interessanten Frage in einer mehr als eifrigsten Rede.

Die Allianz hat, so führte Generaldirektor Schmitt aus, Ende 1928 den Vermittler, Herrn Frankel, zu

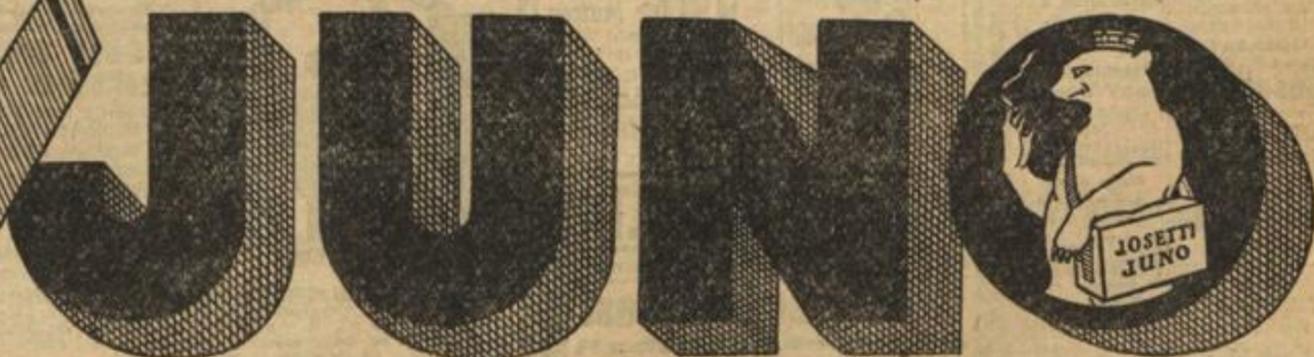
privaten Verhandlungen mit der Favag ermächtigt.

Lange Zeit hörte die Allianz von der Sache nichts. Erst im April 1929 erschienen die Herren Loeb und Frankel bei uns mit der Mitteilung, daß Fusionsverhandlungen mit der Favag einige Aussicht böten. Wir standen stets auf dem Standpunkt, daß entscheidende Verhandlungen nur von Vorstand zu Vorstand geführt werden können und daß eine Revision der Favag-Geschäfte Vorbedingung einer Fusion seien. Herr Frankel hat lediglich gesagt, daß die Entschädigung der Direktoren natürlich einige Millionen kosten würde und dabei von 5 Millionen gesprochen. Direktor Hey (Allianz) lauchte hierüber und nannte Frankel einen Phantasten.

Bald darauf erschienen Frankel und Loeb erneut bei uns, diesmal in Begleitung des Bankdirektors Labenburg. Auch bei dieser Gelegenheit verhandelte die Allianz nicht zur Sache, sondern stellte es den Herren frei, ihrerseits mit der Favag zu verhandeln. Um auf alle Fälle auch über die Provisionen Klarheit zu schaffen, machte ich das Angebot von 300 000 Mark für den Fall, daß



Berlin raucht



die Cigarette 1/4 M. 6 Stück 20 ♂

